Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2021 *71. Jahrgang, Nr. 829/830*

Es wird schwerer, aber die Probleme sind nicht unlösbar

32 . Generalversammlung beschließt unumgängliche Änderungen für die Zukunft des Verbandes

Vom 22. bis zum 24. Oktober 2021 fand im thüringischen Friedrichroda die 32. Generalversammlung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus statt. Es war dies nach fast 72 Jahren des Bestehens des Verbandes zugleich ein Abschied von alten Modalitäten wie auch ein Aufbruch in eine andere Zeit mit der Erkenntnis neuer Realitäten. Der Verband ist geschrumpft, er wird weiter schrumpfen, und doch ist er nicht am Ende. Diejenigen, die verblieben sind, halten die Fahne aufrecht.

Mit der Vorbereitung eines neuen Konzepts hatte Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich bereits vor der Generalversammlung die Voraussetzungen geschaffen, den beiden Hauptproblemen der künftigen Verbandsarbeit entgegenzuwirken. Die Probleme bestehen zum einen im zusehends wachsenden Altersdurchschnitt und zum anderen in der weitläufigen Struktur des Verbandes. Beides hängt miteinander zusammen und wird sich schwerlich lösen lassen, da keine entlassenen politischen Häftlinge aus der DDR, die es glücklicherweise nicht mehr gibt, nachkommen.

Der hohe Altersdurchschnitt hat zur Folge, dass die Bezirksgruppen weniger Mitglieder haben, und jene, die sich der VOS zurechnen, oft nicht mehr mobil sind. Damit finden regional weniger Zusammenkünfte statt, und Delegierungen zu zentralen Treffen wie einer Generalversammlung oder zu den Wahlen der Landesvorstände sind fast unmöglich geworden.

Immerhin kamen zur diesjährigen Generalversammlung 23 Delegierte, die bei den Abstimmungen insgesamt über 66 Stimmberechtigungen verfügten. Zudem wurden einige abgeordnete Kameraden von ihren Ehepartnerinnen begleitet, und letztlich nahm der Chefredakteur der Fg ebenfalls teils.

Als erfreulich darf man das Ergebnis der Vorstandswahl bezeichnen. Hugo Diederich ist neuer Bundesvorsitzender, Felix Heinz Holtschke und Maybrit Krüger stellv. Bundesvorsitzende. Wir haben damit, was unsere Altersangaben betrifft, ein vergleichsweise junges Leitungsteam. Die Kameraden Diederich (Foto links, © privat) und Holtschke sind unter 70. Kameradin May-Britt Krüger (Mitte) gar unter 60 Jahren. Damit verbindet sich die Aussicht auf eine stabile Zukunftsarbeit, was sowohl verbandsintern wie auch in der Außenwirkung erforderlich ist.

Im Namen aller VOS-Mitglieder gilt den Gewählten ein Dank und ein Glückwunsch. Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind nicht leicht zu lösen, aber sie sind nicht unlösbar. Ebenfalls danken wir Christine Härtkorn (94), die die weite Anreise auf sich nahm. *B. Thonn*

Weitere Berichte im Innenteil.

Wir nähern uns dem Ende des Jahres 2021, und zugleich blicken wir auf die 32. Generalversammlung unseres Verbandes zurück. Die Delegierten haben am vorletzten Wochenende in Friedrichroda die Weichen für das Fortbestehen der VOS entsprechend den aktuellen Realitäten gestellt. Eine der Realitäten lautet, dass es keine Generalversammlung im großen Rahmen mehr geben wird und dass wir uns auch nicht mehr im Berghotel von Friedrichroda einmieten werden. Letzteres, das Hotel, lässt sich sicher am ehesten verschmerzen. Ich würde dem Hotel in Anlehnung an ein nicht unbekanntes Zitat über die DDR bescheinigen: Es war nicht alles schlecht …

Wie nun weiter? Denn weitergehen muss es auf jeden Fall, darin waren sich die Anwesenden einig. Und nicht zuletzt gab uns die an Format und Erfahrung, wenn auch nicht an Körpergröße alle überragende Kameradin Christine Härtkorn eine beeindruckende Vorbildfunktion. Sie hat gezeigt, dass man auch mit 94 Jahren aktiv und optimistisch handeln kann. Wir als VOS danken ihr ganz herzlich, Kameradin Härtkorn blickt auf eine 65-jährige Zugehörigkeit zu unserem Verband zurück, sie macht uns Mut, und sie hält sich nicht zurück, wenn es um eine fundierte Meinungsäußerung geht.

Fakt ist, dass wir aufgrund abnehmender Mitgliederzahlen künftig Bezirksgruppen, vielleicht sogar Landesverbände zusammenfassen werden, um effektiver zu sein und dem Vereinsrecht weiterhin gerecht zu werden. Damit werden wir in drei Jahren nicht mehr so viele Delegierte wie derzeit haben, und da auch der erweiterte Vorstand auf zwei Mitglieder reduziert worden ist, ändern sich die Größenordnungen und die Anforderungen an die Räumlichkeiten für die nächste Konferenz in drei Jahren. Dann, im Jahr 2025, begeht der Verband seinen 75. Jahrestag der Gründung, worauf wir trotz des Mitgliederschwundes stolz sein dürfen. Die Freiheitsglocke wird einen ähnlichen Geburtstag feiern, auch das ist ein Grund, weiter erhobenen Hauptes gegenüber den Politiker*innen und den Medien gegenüberzutreten. Die zurückliegende Generalversammlung hat zudem gezeigt, welches Leben noch in uns steckt. Munter, sprachgewaltig und dennoch immer sachlich wurde diskutiert, wobei ich ganz besonders die rhetorische Aktivität unseres Kameraden Herbert Kühn hervorheben möchte, der im November sein 80. Lebensjahr vollendet hat und der VOS durch seine Impulse immer noch guttut.

Auf ein Wort zum Jahreswechsel

Sehr bemüht war auch das Magdeburger VOS-Team, wo Dr. Winter die Versammlung leitete und die Kameradinnen Thea Harder und Renate Heilmann penibel das Protokoll erstellten. Auch dafür herzlichen Dank. Die Ergebnisse der Vorstandswahl sind an anderer Stelle dieser Ausgabe nachzulesen.

Zur Wahl hatten sich diesmal drei Kandidat*innen gestellt. Dabei holte in der Wahl des Vorsitzenden Kamerad Hugo Diederich souverän die Mehrheit. Kamerad Diederich lebt in Berlin, er hat die Kontakte zur Politik und ist im ständigen Gespräch mit der Opferbeauftragten Evelyn Zupke. Ohne ihn – und natürlich ohne die Freiheitsglocke – würde es keine VOS mehr geben; das haben sicherlich alle begriffen. Die Wahl der Stellvertreter war knapp. Erst im zweiten Wahlgang setzte sich Kamerad Holtschke knapp gegen May-Britt Krüger durch, die sich dann für das Amt der Schatzmeisterin bewarb und einstimmig angenommen wurde.

Rückblickend gibt es von meiner Seite ein großes Lob für alle Kameradinnen und Kameraden. Wir sind aus tiefem Herzen bemüht, den Verband zu erhalten. Die Aussicht, dass wir noch einmal eine größere Anzahl an neuen Mitgliedern gewinnen können, ist eher schwach. Dennoch haben alle erkannt, dass es sich lohnt, das Erbe der einstigen Ikonen, von denen ich gerechterweise keine herausheben möchte, auch auf weniger Schultern, die dafür umso stärker und geschlossener stehen, weiter zu tragen. Wir haben in dieser Generalversammlung auch in Sachen UOKG Klartext geredet und die Forderung nach mehr Mitspracherecht und mehr Anerkennung gestellt. Ich hatte bereits in der vorigen Fg-Ausgabe deutlich ausgeführt, dass uns als ältestem und bedeutendstem Opferverband in der Geschichte der Bundesrepublik kein Platz bei den Hinterbänklern zukommt. Die Generalversammlung hat einstimmig beschlossen, Kamerad Felix-Heinz Holtschke als Kandidaten für die Wahl zum UOKG-Vorstand zu bestimmen. Und mögen seine Aussichten auch nicht hoch sein, so ist damit ein erstes Zeichen gesetzt. Fest steht, ein Austritt aus der UOKG wäre ein letztes Mittel, das eigentlich niemand will. Daher wäre es am Dachverband selbst, sich an die Realitäten zu halten und der VOS mehr Mitspracherecht zu geben.

Am Ende meines Beitrags möchte ich einen kurzen Ausblick auf das kommende Jahr geben. Die meisten von uns blicken mit Skepsis auf unser politisches Oberhaus. Die Regierung, die sich dort hinter verschlossenen Türen zur Dreier-Koalition zusammengefunden hat, ist nicht das, was wir uns erhofft haben. Egal, wie sie sich personelle präsentiert, wird es fast nur um die Themen Klimaschutz und Corona gehen. Die Menschen werden zunehmend in Panik versetzt. Geht aber der Planet zugrunde, wenn wir nicht alle sehr schnell auf E-Autos umsteigen und manchmal noch Plastiktüten benutzen? Ich erinnere mich an das Jahr 1983, als es um den Nachrüstungsbeschluss ging. Damals wurde eine ebenso schreckliche Untergangsstimmung verbreitet wie derzeit. Es gab Menschenketten und Kundgebungen, die Raketen wurden dennoch aufgestellt, und die Menschheit überlebte; und das ganz komfortabel, denn der Kommunismus als Diktatur brach zusammen.

Wir sollten alle vielmehr aus der Geschichte lernen und gelassener werden. Ich bin sicher, wir überleben und wir werden ein gutes, wenn auch unruhiges Jahr 2022 haben. Ich wünsche es euch allen.

Bis zur ersten Ausgabe in 2022
Ihr Alexander Richter-Kariger

AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

Wir sind lange nicht am Ende. VOS fordert ein angemessenes Mitspracherecht im Dachverband

Titelseite
Die Mitgliederzahl schrumpft, der Zusammenhalt ist ungebrochen
Die 32. Generalversammlung der VOS sucht und findet neue Wege in die Zukunft

***Redaktionsthema*:**
Lautstark, mitunter kontrovers, aber alle wollen das gleiche
Eine persönliche Nachbetrachtung zu den Tagen in Friedrichrodas 2

Eine würdige Vertreterin der VOS
Christine Härtkorn wird von den Delegierten der 32. Generalversammlung gewürdigt 4

Das darf nicht verborgen bleiben
Ein Votum für den Gedenkort Keibelstraße 4

NACH SIEBEN JAHRZEHNTEN:
Einen Haftbefehl oder einen juristischen Rahmen gab es natürlich nicht
Zeitzeuge Wolfgang Lehmann schreibt einen späten Brief an seinen Kameraden 5 – 6

Das ist ein äußerst wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Klare und anerkennende Worte für die VOS 7

Der 9. November als neuer Nationalfeiertag?
Der 17. Juni würde besser passen 7

Einer der Aufrechten weniger
Stimmen zum Tod des Bürgerrechtlers Reinhard Schult 8

Diktatur-Aufklärung bleibt wichtiges Thema
Klare Worte der Landesbeauftragten Sachsens zur Gedenkfeier am 9. November 8

Einer der letzten Aufrechten verstorben
Nachruf auf Bürgerrechtler Reinhard Schult 8

Aus dem Ruhrgebiet nach Berlin und den DDR-Knast
Der Typ mit dem grauen Zopf ist achtzig geworden 9

Die SED-Spitzen und Speichellecker in die Verzweiflung getrieben
Biermann: der Wolf mit der Gitarre 9

Die Jugendlichen in ihrer demokratischen Haltung stärken
VOS Sachsen legt bei Zusammenkunft klare Ziele fest 10

Hochmut gegenüber den Wählern kann einer Partei auch zum Verhängnis werden
Bundesvorstand der VOS geht mit klaren Worten und offenem Visier auf die Parteien des Bundestags zu 11 – 12

Gratis Bücher: Angebot besteht weiterhin 12

Es ist hohe Zeit, diese verschwiegenen Verbrechen aufzudecken
Bürgerrechtlerin Freya Klier mit einem aufrüttelnden Buch über Auftragsmorde des MfS 13 - 14

Nach Berlin nun auch MV-P: Der Frauentag kehrt zurück zu euch Werktätigen
SPD und Linke nutzen jedes Mittel 14

Politische Verfolgung und Hinrichtungen haben in dem Land Tradition
Vor 200 Jahren geboren: Dostojewski 15

Milde für einen, der diese nicht für andere kannte
Markus Wolf vor 15 Jahren gestorben 15

Arbeitszwang, Jugendwerkhöfe, Arbeitshäuser und Psychiatrien
Über die wenig feinen Methoden und Maßnahme mit Verweigerern in der DDR 16

Das Schweigen und Ignorieren ist peinlich und unerträglich
VOS schreibt auch an die SPD-Spitze 17

Altersrente steigt nun erheblich. Oder?
Könnte man die Opferrente nicht anpassen? 17

Ein bisschen Lyrik und Poesie entlarvten den Staat in seiner vollen Dummheit
Wie ein paar junge Dichter in den 1960er Jahren zu Feindbildern der DDR wurden 18 – 19

Zurück am Ort des Grauens
Jochen Stern, 93, in ehemalige Haftstätte 19

Ein völlig falscher Vergleich
Was Die Linke über Israel verbreitet 19

K O L U M N E kurzgefasst

Potsdam: Nur eine Art „Häftlingsfolklore“ 20

Pressemitteilung unsers Verbandes 20

Erfurt: Schafft Kemmerich das Comeback? 20

Drei Kandidaten aus der CDU-Mottenkiste? 21

Ist wenig reden gut für die Stimmbänder? 21

Corona-Überdruss nimmt zu 21

Die gleichen Leute, die gleichen Themen?
Landesbeauftragter Heiko Hendriks lädt nach Düsseldorf zum Runden Tisch ein 22

Stalin und Russland – eine alte, ewige Liebe
Das Opfergedenken existiert aber noch 22

Der Rechtsstaat überholt die DDR
Rückblick auf jene Tage im November 1989 und eine aktuelle Bestandsaufnahme 23

Gemeinsam die Schicksale aufarbeiten und dabei Freundschaften knüpfen
Das ehemalige Lager bei Tost / Toszek bereitet den Weg für ein engeres Zueinanderfinden 24 – 25

Kein Beleg für Demokratie
Die heutige Rolle der Linken 27

Knastlexikon, Wünsch, Zitate 9, 22, 28
Meinungen, Briefe 4, 19, 17
Nachrufe 8, 27
Impressum 28

Hinweis:

Übersicht über die Spender des aktuellen Zeitraumes auf Seite 19. Danke an alle, die so großzügig sind.

Dank, Anerkennung, Sympathie

Christine Härtkorn ist bei der Generalversammlung eine ganz besondere Delegierte

Kamerad Hugo Diederich ließ es sich in seiner Begrüßungsansprache nicht nehmen, Christine Härtkorn aus Ulm gleich zum Anfang als besondere Teilnehmerin des Gremiums hervorzuheben. Er hat richtig gehandelt, es ist unbestritten. Wer mit 94 Jahren die Anreise von Ulm nach Friedrichroda auf sich nimmt, muss etwas Besonderes sein. Hugo Diederich setzte in besagter Rede noch eins drauf: Wer bei Kameradin Härtkorn zur Sprechstunde bzw. Beratung erschien, der hatte sich „gefälligst eine Krawatte umzubinden", ansons-

ten, wäre sein Besuch nicht sonderlich erwünscht.

Nun, gar so streng und unzugänglich ist Christine in ihrem Wirken für die VOS und auch sonst nie gewesen. Sie war stets eine eifrige Verfechterin für die Interessen der Opfer. Sie hat für politische Gerechtigkeit gekämpft und sich vielfach ehrenamtlich zum Nutzen der Gesellschaft eingebracht. Dass sie die gewiss nicht einfache Teilnahme an der Generalversammlung auf sich genommen hat, zeugt von hohem Pflichtbewusstsein und von der Verbundenheit mit der VOS. Kamerad Diederich erinnerte noch einmal daran, dass es Christine Härtkorn war, die zur Generalversammlung im Jahr darauf gedrungen hat, dass unser Verband bei der Politik die Durchsetzung einer Opferrente beantragt. Es hat mehr als ein Jahrzehnt gedauert, bis diese Forderung in die Tat umgesetzt wurde, und viele Kameradinnen und Kameraden – nicht zu vergessen das unermüdliche Sprachrohr Freiheitsglocke – haben für die Umsetzung gekämpft.

Dafür und für diese unglaublich lange Zugehörigkeit zur Vereinigung der Opfer des Stalinismus danken wir alle und wünschen dir, liebe Christine, noch viele Jahre mit guten und glücklichen Erlebnissen im Privaten und natürlich in unserem Verband VOS.

Im Namen aller Mitglieder und des Bundesvorstand es
Der Redakteur / Foto priv.

Das kann man nicht hinnehmen

Keibelstraße Berlin wäre wichtiger Gedenkort

Zur Frage, ob das ehemalige Gefängnis in der Berliner Keibelstraße als Gedenkort erhalten bleibt, schreibt SED-Opfer und Zeitzeugen Hartmut Richter:

✉ Wie auch *noch* in der Gedenkstätte Hohenschönhausen sollten hier ehemals Inhaftierte den Besuchern den Ort erklären. Das scheint jedoch nicht gewünscht zu sein. Hier wird der 1976 beschlossene "Beutelsbacher Konsens" von Historikerinnen und Historikern angeführt: Zeitzeugen würden die Besucher mit ihrer Leidensgeschichte überwältigen und die selbständige Urteilsfähigkeit Jugendlicher negativ beeinflussen. Historikerinnen mit möglichst fortschrittlicher Weltsicht seien dazu eher kompetent. Die Leserschaft sollte wissen, dass mit Beginn der Entspannungspolitik die Verbrechen im Ostblock nicht mehr thematisiert wurden. Freigekaufte politische Gefangene sollten sich ruhig verhalten, um die Entspannungspolitik nicht zu belasten. Taten sie dies nicht, wurden sie wie der kompromisslos kritische ZDF-Journalist Gerhard Löwenthal als „reaktionär" in die rechte Ecke gestellt.

Dabei hätten gerade Freigekaufte therapiert werden müssen. Mit Diplomatie und Devisen wurde versucht, die SED-Machthaber zu besänftigen, um das Los der Menschen zu erleichtern. Damals wie heute wurde und wird das SED-Regime von DDR-freundlichen Politikern und Journalisten weichgezeichnet. Das nutzte und nutzt nur alten Genossen und mit ihnen Verstrickten, die auf Unwissenheit und falsche Harmonie in weiten Teilen setzen können und konnten. So können sie ihre ohnehin nie geahndeten Verbrechen – sollte doch nicht geahndet werden, was in der DDR als recht galt – weiterhin verschleiern, die DDR ungestraft schönreden, die Geschichte aus ihrer Weltsicht interpretieren und sich vor Kindern und Enkelkindern rechtfertigen.

Das Nachsehen haben die vielen durch subtilere Methoden des MfS Beschädigten. Sie streiten – war die DDR doch kein Unrechtsstaat?! – meist vergeblich um die Anerkennung ihrer Beschädigungen.

In der Amtszeit von Gedenkstättenleiter (Berlin-Hohenschönhausen) Hubertus Knabe, der sich immer um das Objekt Keibelstraße als Lehr- und Lernort bemüht hatte, war auch ich zu besonderen Anlässen dort, um Besuchern den Knast, in dem ich 1977sechs Wochen verbracht hatte, zu beschreiben. Mein dringendes Anliegen ist es, dafür zu sorgen, dass auch in der sogenannte *Keibelritze* Führungen und Vorträge stattfinden können. Das Argument, dass man die schlimmen Zustände und die unmenschliche Umgangsweise aus Gründen der Pietät jungen Menschen – warum eigentlich nur jungen? – nicht zumuten kann, halte ich für lächerlich. Denn dann müsste man auch Gedenkorte wie das ehemalige KZ Buchenwald oder das Vernichtungslager Auschwitz schließen.

Ich spreche bzw. schreibe nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern ich vertrete die Meinung aller ehemaligen Insassen des Gefängnisses Keibelstraße.

Kameradschaftliche Grüße
Hartmut Richter, Berlin

Wir unterschrieben Geständnisse, die in keiner Weise stimmten

Die Erinnerungen an Sibirien verblassen auch nach mehr als sieben Jahrzehnten nicht

In der Literatur gibt es vielfach stilisierte Briefe an Freunde, Geliebte oder Verwandte. Einer der bekanntesten mag Kafkas „Brief an den Vater“ sein, in dem Kafka eine geradezu gnadenlose Abrechnung mit heftigen Vorwürfen an den Adressaten vornimmt. Jahrzehnte lang war die literarisch interessierte Welt bestürzt, weil Kafkas Vater angeblich wenig Sorge für den Sohn getragen hat. Erst vor wenigen Jahren wurde nach genauerem Hinschauen erkannt, dass die Vorwürfe nicht stimmen. Kafkas Brief mag gut formuliert sein, der Inhalt entbehrt jedoch weitestgehend der Wahrheit.

Völlig anders ist es mit jenem Brief, den unser Kamerad Wolfgang Lehmann an einen früheren Haftkameraden schreibt. Hier werden bittere Zeiten aufgeführt, und das Unrecht, das an jungen Menschen geschah, wird wahrheitsgetreu, aber ohne Hass vorgetragen. Es ist ein Text, den viele Menschen der heutigen Zeit lesen sollten.

Der Redakteur dankt Wolfgang Lehmann im Namen der VOS und des Bundesvorstandes für sein Engagement und seine Geradlinigkeit.

Bitte lesen Sie den nachstehenden Brief und urteilen sie selbst.

Mein lieber treuer Kamerad und Freund Siegfried, am 24. d. Ms. wird sich zum 76. Mal der Tag jähren, an dem wir beide in unserem Heimatort Großräschen von der zivilen deutschen Miliz von zu Hause, ‚abgeholt‘ sagte man damals, tatsächlich aber verhaftet und der sowjetischen Militärkommandantur übergeben wurden. Einen Haftbefehl gab es nicht! Die meisten der Großräschener Jungen und auch einige Männer teilten unser Schicksal. Wir ahnten nicht, dass diese Reise, die wir gezwungenermaßen antreten mussten, fast fünf Jahre dauern sollte.

Im Gegensatz zu heutigen Jugendlichen waren wir mit unseren 16 Jahren im wahrsten Sinne des Wortes noch wirkliche Kinder, deshalb traf uns das Kommende besonders hart. Das heute fast schon überstrapazierte Wort Trauma kannten wir nicht. Wenn inzwischen Psychologen herausgefunden haben, dass sich traumatisches Erleben in der frühen Lebenszeit im Alter verstärkt bemerkbar macht, so kann ich das von mir bestätigen.

Nach schrecklichen Folterungen im GPU-Keller in Calau unterschrieben wir Geständnisse, die in keiner Weise der Wahrheit entsprachen. Ob dies den Mitgliedern des sowjetischen Kriegsgerichtes, vor das wir im Amtsgericht in Cottbus gestellt wurden, bewusst war, kann man nur erahnen, denn wir wurden nicht verurteilt. Erst mehrere Jahre nach dem Mauerfall erzählte mir Alfred Hubein aus Großräschen, dass in Cottbus nicht nur Todesurteile ausgesprochen, sondern auch vollstreckt wurden. So soll der letzte HJ-Standortführer in Großräschen, Gerhard Schutte, ein beinamputierter Luftwaffenangehöriger, durch Genickschuss ermordet worden sein.

Die Hölle des Ketschendorfer Lagers überstanden wir wie durch ein Wunder und gehörten dann zu den 315 Inhaftierten von etwa 10.000, die nach Untersuchung durch sowjetische Militärärzte, als arbeitsfähig eingestuft wurden. Wohin unsere Reise gehen würde, als wir in verschlossenen Viehwaggons am 31. Januar 1947 den Bahnhof Fürstenwalde verließen, wussten wir nicht. Nach einer weiteren ärztlichen Untersuchung in Brest-Litowsk wurden 92 nach Deutschland zurückgeschickt, so dass 223 die Weiterfahrt ins Ungewisse antraten, darunter wir beide. Es war am 6. März, als die Tür unseres Viehwaggons aufgerissen wurde und eine raue Stimme in gebrochenem Deutsch rief: „Sibir! Aussteigen!“

Eiskalter Wind blies mir ins Gesicht. Ich war wie versteinert. Hatte sich nun meine Befürchtung bewahrheitet, die mich schon seit Tagen quälte, je länger unser Zug Richtung Osten fuhr.

Im sibirischen Zwangsarbeiterlager entwickelte jeder für sich seine Überlebensstrategie. Dies half uns, die erste Hungerzeit zu überstehen, bis wir lernten, uns zusätzlich Nahrung zu verschaffen, aber auch den Unbilden des sibirischen Winters mit unglaublichen Temperaturen bis minus 42 °C und Schneestürmen zu trotzen.

Im Sommer 1948 durften wir auf einer Doppelkarte vom Internationalen Roten Kreuz einen Gruß an unsere Angehörigen schreiben, aber nicht, wo wir uns befinden. Jetzt erst erfuhren diese, dass wir noch leben. Aus der Rückantwortkarte ersah ich, dass mein Vater, der im Februar 1945 als deutscher Soldat in Ostbrandenburg als vermisst gemeldet worden war, es immer noch ist und bis heute blieb.

Da kein Lagerinsasse verurteilt war, lebten wir in der Ungewissheit, ob wir jemals überhaupt wieder nach Hause kämen. Dies verstärkte sich bei mir, als uns die Kunde von der Gründung der DDR erreichte. Wenn dies nämlich eine Sowjetrepublik wäre, so glaubte ich, kämen wir niemals von hier weg, denn dann wären wir ja ‚zu Hause‘ wie all die Sowjetmenschen rings um uns.

Als wir dann am 6. April 1950 doch die Heimreise antraten, wurde es in Brest-Litowsk, wo die Spurweite der Eisenbahngleise wechselt, noch einmal sehr dramatisch. Zur Weiterfahrt wurde nach dem Alphabet aufgerufen. Kurz vor mir ging die Schranke am Lagertor nieder, um sich einen Tag später ganz kurz hinter mir wieder zu schließen. Der Zug nach Deutschland war voll. Die nicht mitkamen, nur weil sie im Alphabet an der falschen Stelle waren, durften erst 1952 die Heimreise antreten. So ging Wolfgang Lehmann 1950 durch das Tor, Wolfgang Lehnert schon nicht mehr!

Als wir am 1. Mai über die Weichselbrücke fuhren, sah ich auf der Nachbarbrücke den Umzug mit den vielen roten Fahnen, ein Vorgeschmack auf das, was uns in der DDR erwartete.

Als wir am 3. Mai wieder zu Hause waren, mussten wir nun versuchen, in dem uns fremden Land unseren eigenen Weg zu gehen.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite unten*

Trotzdem blieb unsere Verbindung immer erhalten, selbst als ich mit meiner Familie 1960 in den Westen flüchtete, um der Stasi-Erpressung zu entgehen. Belastet hat uns in dieser ganzen Zeit, dass wir über unser Erleben nicht sprechen durften. In der DDR war es gefährlich, denn man kam wegen Verunglimpfung der ruhmreichen Sowjetmacht in den ‚Knast'. Im Westen wurde es in der Öffentlichkeit nicht gern gesehen. Man galt als Kalter Krieger. Zum Glück änderte sich das mit dem Fall der unsäglichen Mauer. Allerdings wurde meine anfängliche Hoffnung, nun endlich Gerechtigkeit und Anerkennung zu finden, immer mehr enttäuscht. In zunehmendem Maße wurden und werden die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft dem Vergessen anheimgegeben. Das kann ich an zahlreichen Beispielen, die ich über die Jahre gesammelt habe, belegen. Von offiziellen Stellen werden nur zu besonderen Anlässen ‚Sonntagsreden' gehalten.

So schrieb der damalige Bundeskanzler Schröder 2000 im Vorwort der Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS): „Die Bundesregierung betrachtet die Rehabilitierung und Entschädigung der Menschen, die in der DDR und zuvor in der sowjetischen Besatzungszone Opfer politischer Verfolgung waren, als eine Aufgabe von besonderem Gewicht." Der Deutsche Bundestag benötigte dann allerdings 17 Jahre, um eine bescheidenen Opferrente von zunächst 250 € je Monat zu beschließen! Und diese wurde auch noch als Almosen gewährt, weil Bedürftigkeit vorausgesetzt ist.

2016 legte das Bundes- Justizministeriums einen Gesetzentwurf vor, wonach homosexuelle Männer, die nach dem früheren Paragrafen 175 des damals geltenden Strafgesetzbuches verurteilt wurden, 3.000 € pauschal sowie 1.500 Euro je angefangenem Haftjahr als Entschädigung erhalten sollen. Zeitgleich lief ein Entschädigungsverfahren für Personen, die nach Ende der Kampfhandlungen 1945 für eine fremde Macht Zwangsarbeit leisten mussten. Für diese war eine einmalige Entschädigung von 2.500 Euro vorgesehen. Wir gehören zu diesem Personenkreis. Würde man die obige Regelung für uns annehmen, hätten wir 3.000 € + 5 x 1.500 € = 10.500 € statt der 2.500 € erhalten! Dies zeigt einmal mehr, welches Ansehen bzw. welche Wertschätzung wir bei unseren Politikern haben.

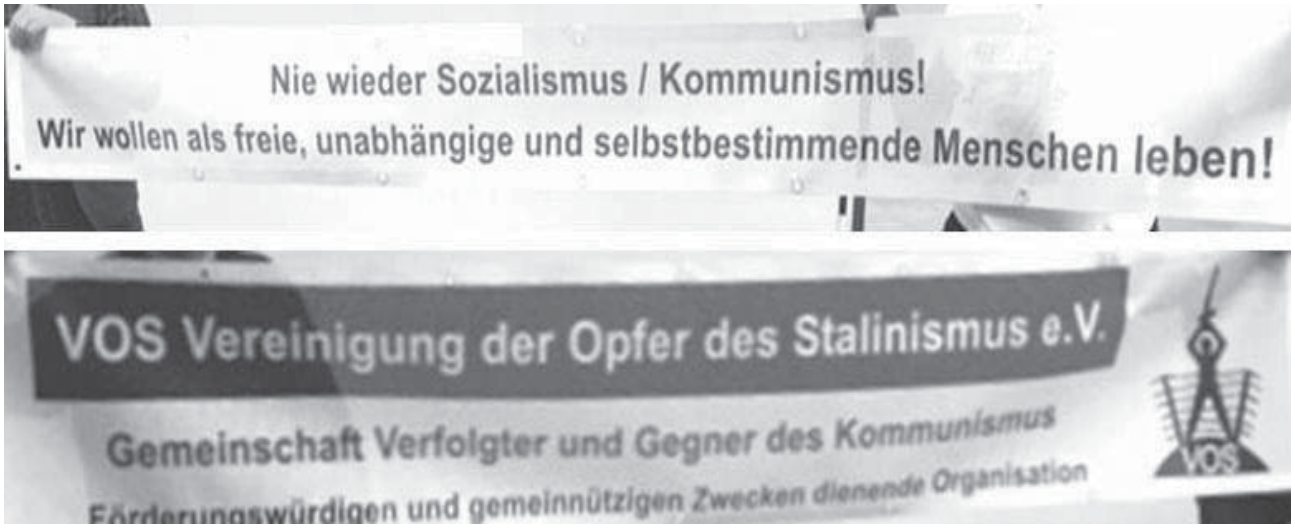
Am 3. Juni 2020 hat in Hessen die Fraktion der SPD einen Antrag in den Landtag eingebracht, wonach allen Schülern höherer Klassen ein Pflichtbesuch einer Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus auferlegt werden soll. Als ich davon erfahren habe, sandte ich am 3. Oktober an die CDU-Abgeordnete unseres Wahlkreises einen Ergänzungsvorschlag, der auch Besuche in Gedenkstätten für Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft vorsieht. Bis heute habe ich darauf keine Antwort erhalten.

So könnte ich weitere Beispiele anführen. Deshalb bin ich seit mehr als 20 Jahren in Wort und Schrift bemüht, der Wahrheit und Wahrhaftigkeit Gehör zu verschaffen. Dabei geht es mir nicht um Vergeltung oder gar Rache, sondern um Vergebung und Versöhnung. Besonders jüngere Menschen, wie die Zuhörer in den Schulen, sind hoch interessiert, von diesem Erlebten zu erfahren. Wenn behauptet wird, davon wolle heutzutage niemand mehr etwas wissen, so erfahre ich genau das Gegenteil. Das ist auch aus den Eintragungen in das Gästebuch zur Ketschendorf-Ausstellung zu ersehen.

Unsere Schicksalsgefährtin Gisela Gneist, die 1945 als 15jähriges Mädchen von den Sowjets verhaftet und zu 10 Jahren Lagerhaft verurteilt wurde, von denen sie 5 Jahre absaß, schrieb in ihren Erinnerungen: „Wir haben unseren Kameraden versprochen, sie nicht zu vergessen. Sie können nicht mehr reden. Wir wollen es für sie tun!"

In diesem Sinn will ich weiterhin tätig sein, solange ich es können werde, sagt in treuer Verbundenheit Dein Kamerad und Freund

Wolfgang Lehmann (93 Jahre)
Rimbach, 20. Oktober 2021



Anm.: In Vorbereitung der 32. Generalversammlung hat Wolfgang Lehmann zwei große Transparente gespendet, entworfen und hergestellt von Gerd Franke aus seiner VOS- Landesgruppe, präsentiert. Die Transparente (original in weiß-blau fanden große Beachtung. Es ist angedacht, sie in der Bundesgeschäftsstelle Berlin auszustellen, um die Anliegen unseres Verbandes zu verdeutlichen.

Leistung der VOS verdient Anerkennung

Bewegende Zeilen eines jüngeren VOSlers

✉ Liebe Mitglieder der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS), es ist das Verdienst der VOS e.V., stets die Gesellschaft daran zu erinnern, was es ganz konkret heißt, Unrecht erlebt zu haben. Die VOS e. V. gibt seit 1950 denen eine Stimme, die ein Leben lang mit den Folgen von Repression, Haft und Unterdrückung leben müssen. Wie eindrücklich das durch die Opfer der SED-Diktatur geschieht, habe ich schon oft erlebt.

Ende letzten Jahres lud mich der stellvertretende Landesvorsitzende der VOS aus Mecklenburg- Vorpommern zum säubern der Stolpersteine in Neubrandenburg ein (die Freiheitsglocke berichtete darüber). Im Juni 2021 lernte ich den VOS-Bundesgeschäftsführer Herrn Hugo Diederich kennen. Die Menschlichkeit der VOS- Mitglieder hat mich zutiefst beeindruckt. Was in der VOS an Arbeit geleistet wird, ist für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, ist für jedes einzelne Opfer, aber auch für die Gesellschaft insgesamt von enormem Wert.

Es gibt nicht nur die Opfer der Stasi. Es gibt viele Opfergruppen der SED-Diktatur, die unsere Unterstützung brauchen. Verfolgte Schüler, exmatrikulierte Studenten, beschädigte Berufskarrieren, politische Häftlinge, Zwangsausgesiedelte, Zwangsarbeiter und viele mehr. Das Unrecht in der DDR umfassend aufzuarbeiten sollte nicht nur ein politisches Lippenbekenntnis, sondern gelebte Realität sein. Dazu gehört auch die deutlichere Würdigung von Opposition und Widerstand. Ja, es geht immer wieder um die Frage der Glaubwürdigkeit bei der Aufarbeitung des geschehenen Unrechts, vor allem geht es um die Glaubwürdigkeit gegenüber den Opfern. Glaubwürdigkeit kann nicht verordnet werden, Glaubwürdigkeit gegenüber den Opfern muss errungen werden.

Die Arbeit der VOS e. V. mahnt uns zur Glaubwürdigkeit gegenüber den Opfern und an die Tatsache, dass Menschenrechte unteilbar sind. So auch am Volkstrauertag 2021 in Neubrandenburg.

Deshalb ist es gut, dass es die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. gibt. *Silvio Blum*

Anmerkung: Silvio Blum (Foto: © André Rohloff) ist Jahrgang 1978. Er dürfte somit zu den jüngsten Mitgliedern unseres „alten" Verbandes zählen. Er ist ein Hoffnungsträger für uns alle. Es ist gut zu sehen, dass die VOS weiter lebt. Es ist umso wichtiger, dass wir weitere Mitglieder aus den jüngeren Jahrgängen als Mitglieder gewinnen. *André Rohloff*

Ein Nationalfeiertag für uns Deutsche

Anlässlich des 32. Jahrestages des Mauerfalls in Berlin am 9. November führte der Deutschlandfunk am 8. November von 10.10 bis 11.30 Uhr in der Sendung *Kontrovers* eine öffentliche Hörer-Diskussion über eine weitere Sinnhaftigkeit des derzeitigen deutschen Nationalfeiertags am 3. Oktober durch. Hierzu äußerste sich auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der VOS Felix Heinz Holtschke in einem Wortbeitrag an den genannten Radiosender. Der Beitrag wurde im Laufe der Sendung vollständig verlesen. Eine Diskussion darüber fand jedoch nicht statt. Ausgehend von der Vielzahl der Hörerbeiträge zeichnet sich jedoch spürbar eine Tendenz zur Hinwendung auf den 9. November als Feiertag ab. Dies lässt sich auch aus der Rede des Bundespräsidenten Steinmeier anlässlich der Erinnerung an das historische Datum entnehmen.

Der Beitrag, den Felix Heinz Holtschke im Deutschlandfunk vortrug hatte folgenden Wortlaut:

Deutschland hatte, und das wiedervereinte Deutschland hätte noch heute einen würdigen Feiertag, nämlich den 17. Juni! Der Tag des Volksaufstandes in Mitteldeutschland am 17. Juni 1953 war rückblickend die Initialzündung für den Fall der Mauer am 9. November 1989. Bleibt also nur noch der 9. November als das historische Schicksalsdatum für uns Deutsche, wo wir der staunenden Welt bewiesen haben, dass wir doch Demokratie wollen und auch feiern können ...

Anm.: Beiträge dieser Art sind üblicherweise bei den Sendern Deutschlandfunk / Deutschlandradio in den Mediatheken bzw. als Podcast nachzuhören. Es besteht hier auch die Möglichkeit, per Email nachträglich Kommentare aufzugeben, die zwar nicht verlesen werden, aber die die Redaktion zur Kenntnis nimmt.

Die Fg dankt Felix Heinz Holtschke für diese Initiative.

Auch vor dem Mauerfall gab es Widerstand gegen die Diktatur

Sächsische Landesbeauftragte erinnert zum Tag des Mauerfalls an die Zivilcourage vieler DDR-Bürger

(Fg) Mit einer kurzen Presseerklärung zur Erinnerung an das Datum des Mauerfalls am 9. November vor 32 Jahren gab die Landesbeauftragte des Bundeslandes Sachsen ein Statement mit inhaltlichen Schwerpunkten ab. Obwohl bei Erscheinen dieser Ausgabe das Datum einige Wochen zurückliegt, ist die Veröffentlichung dennoch angemessen und notwendig.

Am 9. November 2021 jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum 32. Mal. Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Nancy Aris, erinnert an dieses weltgeschichtliche Ereignis, dem ein langer Prozess des Widerstandes und der Zivilcourage vorausgegangen war:

Auch wenn die Ereignisse im Herbst '89 in der Rückschau atemraubend schnell und unvermeidbar leicht wirken, so darf der Mut der Menschen, der damals nötig war, sich gegen die Diktatur zu stellen und für Freiheit zu streiten, heute nicht aus dem Blick geraten: „Hinter dem Mauerfall am 9. November 1989 lagen Jahre des Widerstands, der Selbstbehauptung, mit der mutige Menschen dazu beitrugen, die Diktatur zu überwinden. 1989 gingen Millionen Menschen auf die Straße. Aber auch vorher gab es Protest in der DDR. Viele zahlten für ihren Freiheitsdrang mit Bespitzelung, beruflicher Ausgrenzung oder Haft."

„32 Jahre nach dem Mauerfall ist es deshalb wichtig, neben dem positiven Moment der Selbstermächtigung auch die Folgen aufzuzeigen, die diese haben konnte. Die Diktatur-Aufklärung ist weiterhin ein Thema, das in der Region vor allem auch über authentische Erinnerungsorte sichtbar bleibt. In gut zwei Wochen wird der Grundstein für die Gedenkstätte Kaßberg-Gefängnis, der Drehscheibe des Gefangenenfreikaufs, gelegt. Der „Vogelkäfig" war das Tor in die Freiheit und machte die innerdeutsche Grenze für etwa 32.000 Häftlinge durchlässiger. Der Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg e.V. erinnert jedoch nicht nur an dieses Thema, sondern auch an die Zeit des Nationalsozialismus.

„Der 9. November ist ein ambivalentes Datum in der deutschen Geschichte und eine Herausforderung für eine Erinnerungskultur zwischen Freudentaumel und Trauma. Orte, wie der Kaßberg können verschiedene Erinnerungsperspektiven zeigen und darin liegt ihre Stärke", erläutert Dr. Nancy Aris.

Übermittelt von Magdalena Ermelich
Stellvertretende Landesbeauftragte Bundesland Sachsen

Gedenken auch in anderen Städten

Wie in jedem Jahr fanden am 9. November auch in mehreren anderen Orten unseres Landes Gedenkveranstaltungen anlässlich des 32. Jahrestages des Mauerbaus statt, wobei die VOS und die Landesbeauftragten wesentlich die Initiative ergriffen. Durch die Teilnahme der Betroffenen wird der Eindruck von Pflichtveranstaltungen aufgehoben. *H. Diederich*

Widerstand und Aufklärung waren ihm wichtig

Zum tragischen Tod des Bürgerrechtlers Reinhard Schult, der 70jährig verstarb

Bereits im September, drei Tage vor der Bundestagswahl 2021, verstarb der frühere engagierte Bürgerrechtler Reinhard Schult, nachdem er gerade noch seinen 70. Geburtstag erleben konnte, an einem schon lange diagnostizierten Krebsleiden.

Schult spielte eine wichtige Rolle bei der Besetzung der Stasi-Zentrale in Berlin und verhinderte mit anderen Gleichgesinnten die Schließung und Vernichtung der Akten. Bereits zuvor war er im Friedenskreis Berlin-Friedrichsfelde aktiv und gehörte zu den Mitbegründern des Neuen Forums, der Bewegung Kirche von Unten und war einer der Teilnehmer am *Runden Tisch*. Er war zudem einer von denen, die sich für die Überprüfung von Abgeordneten in den Parlamenten und Verwaltungen einsetzten. Er war für acht Monate politischer Häftling in der DDR, da er „feindliche" Literatur „verbreitet" hatte, und erhielt für seine großartige Lebensleistung das Bundesverdienstkreuz.

In der DDR war Schult bereits als Jugendlicher benachteiligt, er erhielt keine Zulassung für die Erweiterte Oberschule (Gymnasium) und entschied sich später für ein Studium der Theologie. Um nicht zum Wehrdienst der NVA antreten zu müssen, wurde er Bausoldat bei den Grenztruppen, was keineswegs ungefährlich war.

Sein Tod erfüllt die Weggefährten mit Trauer, seine Lebensleistung, die nicht umsonst war, fordert allen noch Lebenden großen Respekt ab.

Während einer Trauerfeier sagte der AfD-Abgeordnete Götz Frömming über Schult: „Die Bewahrung und Möglichkeit zur Nutzung dieses Aktenbestands hat zur Versöhnung der Bürger der ehemaligen DDR beigetragen und tiefe Einblicke in den totalitären Charakter der ersten und hoffentlich letzten sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden ermöglicht."

Diesem parteiübergreifenden, wertschätzenden Urteil kann man nur zustimmen. *H. Diederich*

Weitere Stimmen zum Tod von Reinhard Schult

Er war einer der letzten Aufrechten, die für Aufklärung und Gerechtigkeit einstanden. Die Reihen lichten sich zunehmend, ihre Zahl nimmt leider weiter ab.

Manfred Kruczek, Forum Brandenburg/Potsdam

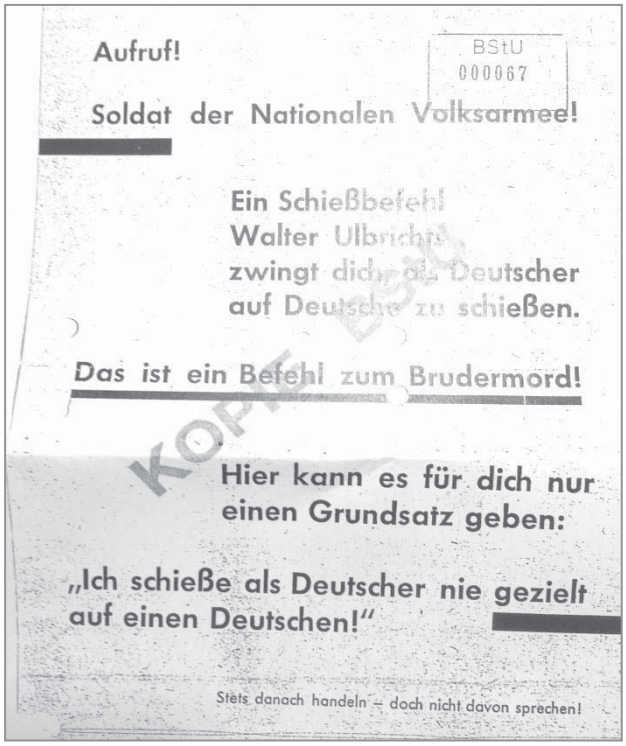
Reinhard Schult war einer der ersten Mitarbeiter der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, die im Jahr 2010 ihre Arbeit aufnahm. Schon zuvor hat er – angebunden beim Berliner Landesbeauftragten – Menschen in Brandenburg beraten, die in der SBZ/DDR von politischem Unrecht betroffen waren. Er hat ihnen zugehört, sie bei der Klärung ihrer Schicksale und der Einsicht in Stasi-Unterlagen unterstützt sowie in Fragen der Rehabilitierung und Entschädigung der Folgen des erlebten Unrechts beraten.

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Achtzig Jahre und kein bisschen still: Ein Kämpfer und Redner

Vollblut-VOSler Herbert Kühn aus Essen klettert weiter nach oben auf der Leiter der Jahre

Am 9. November, einem der geschichtsträchtigsten Tage unseres Landes, beging unser VOS- Kamerad Herbert Kühn aus Essen seinen 80. Geburtstag. Herbert Kühn – er wird mir diese „Nachrede“ nicht verübeln – ist eine Quasselstrippe. Wir hören ihn gern reden, ob bei Veranstaltungen oder in privater Runde, aber wir nehmen uns zuweilen die Freiheit, in diese Quasselstrippe einen Knoten zu machen. Ganz klar, einer, der viel redet, redet nicht immer zur Sache bzw. zum Thema, um das es gerade geht. Und doch ist es fast nie umsonst, wenn sich Herbert in Diskussionen einschaltet. Es sind immer Impulse dabei, und selbst wenn er am Thema vorbei zielt, weiß man zumindest, dass wir in diese Richtung nicht weiter überlegen müssen.



Aufruf!

BStU 000067

Soldat der Nationalen Volksarmee!

Ein Schießbefehl Walter Ulbrichts zwingt dich als Deutscher auf Deutsche zu schießen.

Das ist ein Befehl zum Brudermord!

Hier kann es für dich nur einen Grundsatz geben:

„Ich schieße als Deutscher nie gezielt auf einen Deutschen!“

Stets danach handeln – doch nicht davon sprechen!

Herbert Kühn hat bereits als junger Mann viel für die Freiheit und gegen das kommunistische Unrecht getan. Er war in seinen Mitteln weder fein noch vorsichtig, aber sein Weg führte ihn, obwohl im Ruhrgebiet geboren, in die Haft in der DDR. Das war in den 1950er und den 1960er Jahren. Mit Sprengstoff, den er heldenhaft nach Ostberlin einschmuggelte, und mit Flugblättern (Abbildung), die er, gemeinsam mit Gleichgesinnten, an der DDR-Grenze herabregnen ließ. Dass man ihn seitens der Stasi fasste, war eigentlich unvermeidlich, ebenso die zweistellige Haftstrafe, die er kassierte und die er mir Größe und Zuversicht hinter sich brachte. Die Anklagepunkte, die ihn zur Strecke bzw. in den Knast brachten, gleichen – aus heutiger Sicht – gemeinsam mit einer unendlich scheinenden Beweisführung einer langen Litanei, die man nicht gern liest, weil man weiß, zu welchem Schicksal sie führten.

Nun ist Herbert Kühn lange schon frei, doch er hat im Grunde nichts vergessen, nur fehlt ihm bei seinen Antworten ein wenig die Ordnung.

Macht nichts, für die VOS ist jener schillernde Mann, der nun achtzig ist und immer noch bzw. mit gereiftem Alter einen schmucken grauen Haarwedel trägt, geradezu ein Schatz. Er versucht anderen, die nach dem Mauerfall benachteiligt sind und doch eigentlich Unterstützung bekommen müssten, zu helfen. Das ist selbstlos und für ihn selbstverständlich. Und er ist als Dank mit einem freundlichen Wort oder einem (was seit Ausbruch der Pandemie nicht mehr möglich ist) Händedruck zufrieden.

Zu seinen großen Verdiensten gehört der Anstoß des vor etwa 15 Jahren für das damals ins Leben gerufene Zeitzeugen-Projekt der VOS in NRW. Herbert Kühn hat gemeinsam mit Detlef von Dechend wichtige Grundlagen gelegt und die Verbindung zur Ruhr-Universität hergestellt. Seitdem läuft es gut, haben massenweise Schülerinnen, Schüler, Referendar*innen, Polizist*innen, Strafgefangene, Studierende und neuerdings auch Senior*innen vom Angebot des großartigen Projekts profitiert. Wir gratulieren dir, lieber Herbert, sei mutig, sei redefreudig, behalte deine freundliche Gelassenheit. Dies wünscht dir im Namen des Verbandes einer, der sich mehrere Stunden deine Lebensgeschichte angehört hat, ohne den wesentlichen Ablauf zu erfassen.

(Foto: ARK)

Das Zitat:
Freiheit wird auf dem Amboss der Meinungsverschiedenheiten und Debatten geschmiedet.
Hubert Horatio Humphrey
Vizepräsident der USA von 1965 bis 1969. Quelle: Internet

Biermann: 85 Jahre

Gibt es ihn noch? Ja, er lebt noch. Am 15. November wurde Wolf Biermann 85 Jahre, und fast zum gleichen Datum im Jahr 1976, vor nunmehr 35 Jahren, fand das legendäre Konzert in Köln statt. Er wurde nicht mehr in die DDR gelassen. Stattdessen geriet er, wie er anschließend sang, vom „Regen in die Jauche“. Man hatte den Eindruck, diese DDR war sein Leben, sein künstlerisches Zielobjekt. Ob er ohne sie leben kann, weiß man nicht. Man hört von ihm immer weniger. Leider. *Valerie Bosse*

Das Profil der VOS Sachsen wandelt sich wie die Aufgaben der VOS

Jahreshauptversammlung derVOS Bezirksgruppe Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal

Am 06.11.2021 folgten mehr als 20 Personen, darunter mehrheitlich Vereinsmitglieder, der Einladung der hiesigen Bezirksgruppe in die Ratsstube Chemnitz. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Holker Thierfeld richteten Hanka Kliese (MdL, SPD), Dr. Nancy Aris (Sächsische Landesbeauftragte), Detlef Müller (MdB, SPD), Almut Patt (Chemnitzer Stadträtin, CDU), Hugo Diederich (VOS-Bundesvorsitzender) und Heinz Galle (Foto. Stellv. Landesvorsitzender Sachsen) teilweise sehr persönliche Grußworte an die Gäste im festlich geschmückten Saal. Was sie alle in ihren Redebeiträgen aufgriffen, war die Frage, wie künftig mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur umzugehen sei.

Hanka Kliese: Sie unterstützt die VOS seit vielen Jahren in und um Chemnitz und betont die herausragende Rolle der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen innerhalb des Aufarbeitungsprozesses sowie den enormen Stellenwert eines würdigen Gedenkens.

Frau Dr. Aris knüpfte an den Gedanken von Hanka Kliese an. Es sei erforderlich, zentrale Orte des Unrechts als Lernorte auszubauen und die Art der Wissensvermittlung an die jungen Generationen mehr in den Blick zu nehmen.

Detlef Müller, ein enger Freund der VOS, sprach sich für eine verstärkt parteiübergreifende Zusammenarbeit aus. Er sei „heilfroh, alle gesund zu sehen“.

Almut Patt, die seit Anfang der 1990er Jahre in Chemnitz lebt, erzählte von den eigenen familiären Erinnerungen. Für sie sei es „immer wieder eine bewegende Erfahrung, wenn wir mit Menschen wie Ihnen zusammenkommen können“. Sie mahnte: „Erinnern darf nicht aufhören.“

Anschließend berichtete Hugo Diederich von der 32. Generalversammlung des Verbandes in Friedrichroda im Oktober 2021. Der dort gewählte neue VOS- Bundesvorsitzende ging kurz auf die Entwicklung des Vereins ein, wobei er von den Gründungsmotiven über die Mitgliederzahlen bis hin zu den künftigen Aufgaben berichtete. Dazu gehöre – darin waren sich die Anwesenden einig – vorrangig die politische Bildungsarbeit. Diese solle Jugendliche vor allem in ihrer demokratischen Haltung stärken, so Holker Thierfeld. Anhand eines bildhaften Vortrages nahm er mit den Anwesenden Rückblick auf 30 spannende und erfolgreiche Jahre. So wie sich die VOS insgesamt wandele, so habe sich auch ihr Aufgabengebiet im Raum Chemnitz seit den 1990er Jahren verändert. Während es in den Anfangsjahren primär darum ging, den Betroffenen Hilfestellung bei der Akteneinsicht und der Rehabilitierung zu geben, kümmere sich die VOS in den Folgejahren mehr und mehr um eine lebendige Erinnerungskultur in der Stadt.

Die Bezirksgruppe wird ihre Arbeit fortsetzen, indem sie das in der SBZ und in der DDR verübte Unrecht aufarbeitet und im Stadtbild weiterhin Präsenz zeigt. Dabei wird der künftige Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis ihr immer eng verbunden und um gute Zusammenarbeit bemüht sein. Gemäß dem Ausspruch unseres Kameraden Wolfgang Altmann, der in einer Sitzung sagte: „Gemeinsam sind wir stark.“

Dr. Stefanie Lehmann

Was wir (auch) nicht vergessen sollten

Das Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige Ausdrücke / Begriffe erklären, die nur in der (DDR-)Haft geläufig waren und die man nicht vergessen sollte.

Heute: **Suppenschacht**

Der Begriff klingt durchaus absurd, obwohl er auch amüsiert. Man ahnt gleich, mit *S.* ist jener Bereich des menschlichen Körpers gemeint, in den bei einer Mahlzeit das Essen, in diesem Falle leicht ersichtlich die Suppe, eingeführt wird. Gemeint ist also der Mund.

Da mit dem Mund allerdings nicht nur gegessen oder teils geatmet wird, verbindet sich damit eine weitere naheliegende Funktion: das Reden. Wenn einem Knaster nämlich nicht passte, was der andere sagte, so erhielt er meist postwendend die Ankündigung: „Ick mach dir jleich den *S.* dicht.“ Man kann die Redewendung demnach als unverblümte Gewaltandrohung auffassen, und man darf dem Haft-Milieu durchaus bescheinigen, dass die besagte Ankündigung dann auch in die Tat umgesetzt wurde.

Wie man bereits aus vorigen Einträgen dieser Rubrik erfahren durfte, haben die außergewöhnlichen, teils extravaganten Ausdrücke vielfach mit dem Essen zu tun. Die Erklärung ist einfach: So miserabel bzw. ungenießbar der „Fraß“ dort war, so ist doch der Spott, der sich um ihn dreht, umso deftiger. Und das ist eine Erscheinungsform, bei der sich die allgemeine deutsche Umgangssprache rein gar nicht von der des Knastes unterscheidet.

Igor Gerd Lesnikow

Anm. d. Autors: Gern nehmen wir auch Ihren/deinen Beitrag – gegebenenfalls ohne Namensnennung – in diese Rubrik auf.

Parteienlandschaft: Klartext, wie wir ihn einfach sprechen sollten

VOS äußerst sich unmissverständlich gegenüber den in Bundestag vertretenen Parteien

Nachdem die Bundestagswahlen nun zwei Monate zurückliegen und die VOS weiterhin mit Fassungslosigkeit auf die abschlägigen bzw. ausgebliebenen Antworten zu den Wahlprüfsteinen der gewählten Parteien blickt, hat der NRW-Landesvorsitzende unseres Verbandes gemeinsam mit der bis zum 22. Oktober amtierenden Bundesvorsitzenden der VOS die betreffenden Parteien noch einmal angeschrieben und die Meinung zum äußerst fragwürdigen Verhalten gegenüber den DDR-Verfolgten und Übersiedlern unmissverständlich geäußert. Dass man auch hier seitens der Parteien eine Stellungnahme abgeben würde, wäre naheliegend gewesen und hätte sich sicherlich gehört. Leider hofften nicht nur die Verfasser May-Brit Krüger und Felix-Heinz Holtschke vergeblich darauf. Was uns SED-Opfer angeht, bleibt die Politik einfach stumm.

Die Schreiben an die derzeitigen Repräsentanten der Parteien sind nachstehend veröffentlicht. Es beginnt mit der CDU, bei der Fraktionschef Brinkhaus (zweites Schreiben) anfangs als einer der Kandidaten für den Bundesvorsitz der Partei gehandelt wurde.

Frau Jana Schimke, MdB CDU/CSU

Sehr geehrte Frau Schimke,
die *Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)* bedauert im Grunde das schlechte Abschneiden der CDU/ CSU bei der Bundestagswahl Ende September, war doch Ihre Partei unter der Führung von Helmut Kohl einst der Schmied der Deutschen Einheit. Es war daher die Partei des Vertrauens der Opfer des SED-Regimes, der Geflüchteten und Ausreiseantragsteller der 1989 untergegangenen DDR.

Leider hat die CDU/ CSU als Regierungspartei unter Bundeskanzlerin Angela Merkel diese Personengruppe, die entscheidend den Zusammenbruch des SED-Regimes mitbewirkt hat, im Laufe der letzten 16 Jahre aus den Augen verloren und offensichtlich bewusst ignoriert und materiell benachteiligt.

Diese geschichtsfernen und sozialpolitischen Defizite im Umgang mit den Kämpfern für die Deutsche Wiedervereinigung mussten wir auch bei Ihnen anmahnen im Zusammenhang mit Ihrer aktiven Rolle in der Kommission *30 Jahre Friedliche Revolution* (siehe unser Schreiben vom 07. Januar 2021) und Ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 18. November 2020 zur Großen Anfrage der Partei *Die Linke* – siehe auch hierzu unsere Schreiben vom 12. Mai IEDF/ VOS sowie vom 14. Juni 2021 IEDF.

Wir halten es daher für erforderlich und zumutbar, auch Ihnen den angehängten Brief der VOS an den Fraktionsvorsitzenden Ihrer Partei Ralph Brinkhaus auf diesem Weg zukommen zu lassen.

Mit freundlichem Gruß
Felix Heinz Holtschke
VOS-Landesvorsitzender NRW.

Herrn Ralph Brinkhaus

Anmerkungen zum Ausgang der Bundestagswahl am 26. September 2021

Sehr geehrter Herr Brinkhaus,
im Zusammenhang mit der Bundestagsdebatte am 18. November 2020 zur Großen Anfrage der Partei *Die Linke* zum Thema Fremdrentenunrecht haben die *Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF) und* die *Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)* und in einem Schreiben vom 01. 03. 2021 Sie persönlich um Unterstützung in dieser für unsere Mitglieder entscheidenden Gerechtigkeitsfrage gebeten. Es folgte wieder einmal das große Schweigen.

Im Juli d. J. wandte ich mich im Auftrag des VOS- Bundesvorstandes mit unseren Wahlprüfsteinen an die Christlich Demokratische Union, um vor der Bundestagswahl die zukünftige Strategie Ihrer Partei – seinerzeit noch in unserer vollen Überzeugung als kommende Kanzlerpartei – im Umgang mit den berechtigten Forderungen der Opfer des SED-Regimes zu erfragen. Die Antworten auf unsere acht Fragen waren für uns Betroffene nicht nur ernüchternd, sondern spiegeln leider den gleichen kühlen, ja hochmütigen und geschichtsleugnenden Geist wider, den Ihre Partei mit der nun scheidenden Bundeskanzlerin Merkel an der Spitze uns Kämpfern gegen das SED-Regime und damit für die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten in den letzten 16 Jahren entgegenbrachte (siehe Anlage).

Auf unsere Stimmen hat die Führung Ihrer Partei jedoch hochmütig verzichtet.

Mit mehr Empathie und Gerechtigkeitssinn gegenüber den ca. 300.000 DDR-Altübersiedlern (Ausreiseantragstellern, Geflüchteten und aus politischer Haft Freigekauften) hätte die CDU/ CSU heute mit hoher Wahrscheinlichkeit den zukünftigen Bundeskanzler stellen können. Auf unsere Stimmen hat die Führung Ihrer Partei jedoch hochmütig verzichtet. Wir bedauern diese politische Entwicklung sehr und wünschen Ihrer Partei in dem nun dringend notwendigen Regenerationsprozess die notwendige politische Bodenhaftung zurück, um ein so großes und bedeutendes Land wieder volksnah und damit erfolgreich führen zu können.

Mit freundlichem Gruß
Felix Heinz Holtschke
VOS-Landesvorsitzender NRW
May-Britt Krüger
Amtier. Bundevorsitzende d. VOS
Düsseldorf, den 07.10.2021

Anmerkungen:

- Allen Adressaten wurden zum Nachlesen noch einmal die eigenen Antworten auf die Wahlprüfsteine, sofern solche gegeben wurden, als Anlage angeheftet.
- Von Herrn Brinkhaus erhielt unser Kamerad Bernd Pieper bereits einen ähnlich lautenden, abschlägigen Bescheid in Beantwortung eines Glückwunschschreibens zur Wahl als Fraktionsvorsitzender. →

→ *von voriger Seite unten*

Ein weiteres Schreiben ging an Herrn Markus Blume, Generalsekretär der bayrischen CSU:

Sehr geehrter Herr Blume,
wie bereits Ihrem Kollegen Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU, möchten wir auch Ihnen als Generalsekretär der Schwesterpartei CSU unsere Gedanken und Schlussfolgerungen zum Wahlausgang am 26. September zur Kenntnis bringen.

Die *Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)* bedauert im Grunde das schlechte Abschneiden der CDU/ CSU bei der Bundestagswahl Ende September, war doch Ihre Partei unter der Führung von Helmut Kohl einst der Schmied der Deutschen Einheit. Es war daher die Partei des Vertrauens der Opfer des SED- Regimes, der Geflüchteten und Ausreiseantragsteller der 1989 untergegangenen DDR.

Leider hat die CDU/ CSU als Regierungspartei unter Bundeskanzlerin Angela Merkel diese Personengruppe, die entscheidend den Zusammenbruch des SED-Regimes mitbewirkt hat, im Laufe der letzten 16 Jahre aus den Augen verloren und offensichtlich bewusst ignoriert und im Vergleich zu den einstigen DDR-Systemträgern materiell benachteiligt. Letzter und damit ultimativer Beleg hierfür ist die eiskalte Antwort der CDU/ CSU auf die eingereichten Wahlprüfsteine der VOS (siehe Anhang), die für die Mehrheit der Betroffenen den entscheidenden Ausschlag gegeben haben dürfte, der CDU/ CSU 31 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr ihre Stimme zu geben.

Als Verfasser der Wahlprüfsteine im Auftrag des Bundesvorstandes der *Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) e. V.* erlaube ich mir, Ihnen unseren vor einigen Tagen an der Fraktionsvorsitzenden der CDU/ CSU im Deutschen Bundestag Ralph Brinkhaus versandten Brief in Kopie (siehe Anhang) zukommen zu lassen.

Bei der nunmehr zwangsläufig unausweichlichen programmatischen und personellen Erneuerung der CDU/CSU zurück zu ihren christlich-sozialen Wurzeln können wir im Interesse dieser einst stolzen Volkspartei nur hoffen, dass auch ihre natürlichen Verbündeten in den DDR-Flüchtlings- und SED-Opferverbänden wieder zurück in den Blickwinkel ihrer politischen und sozialen Programmatik gelangen.

Felix Heinz Holtschke
VOS-Landesvorsitzender NRW

An die FDP ging ein Schreiben an Dr. Volker Wissing (Stellv. Fraktionschef im Bundestag), in dem der Partei gedankt wurde.

Sehr geehrter Herr Dr. Wissing, als Verfasser und Versender der Wahlprüfsteine im Auftrag des Bundesvorstandes der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS), der ältesten SED- Opferorganisation, möchte ich Ihnen persönlich zum erfreulichen Wahlausgang für die Freien Demokraten bei der Bundestagswahl am 26. September gratulieren und auf diese Weise erfolgreich verhindert haben, dass Deutschland einen weiteren politischen Linksschwenk vollzieht.

Danke möchten wir auch sagen für die fristgerechte und damit für unsere Mitglieder durchaus wahlentscheidende Beantwortung auf unsere Wahlprüfstein-Fragen, die uns die berechtigte Hoffnung geben, dass die Interessen der DDR-Altübersiedler (Ausreiseantragsteller, Geflüchtete und aus politischer Haft Freigekaufte) bei den nunmehr anstehenden Koalitionsverhandlungen endlich in dem gebotenen Maße berücksichtigt bzw. gewahrt werden.

Über diejenigen Wünsche der VOS, die Ihre Partei bisher nicht umfänglich teilen möchte, sind wir jederzeit gesprächsbereit und freuen uns über Ihr diesbezügliches Angebot zu einem Nachwahl- Gedankenaustausch.

Felix Heinz Holtschke
VOS-Landesvorsitzender NRW

Anm.: Liebe Leserinnen und Leser, auf Seite 15 können Sie die Stellungnahme der VOS an den künftigen SPD-Chef Lars Klingbeil nachlesen. Die SPD hatte die Wahlprüfsteine nicht beantwortet

Bücherangebot bleibt aktuell! Lediglich Porto ist erwünscht.

Fritz Schaarschmidt wiederholt sein Angebot

Danke an den Redakteur für die Veröffentlichung des Nachrufes auf Kameradin Edith Fiedler in der letzten Fg. Leider müssen sich Kameradinnen und Kameraden immer häufige im engen Familienkreis oder mit nur geringer Beteiligung der Freundinnen und Freunde von uns verabschieden.

Ähnlich war es bei Dr. Wolfgang Mayer, den wir am 14. Oktober 2017 in Greiz zu Grabe trugen. Zur Feier kamen viele Verwandte, aber nur wenig Freunde und Kameraden. Begraben ist er in seinem Geburtsort in Thüringen, seine aufopferungsvolle Frau Marika hat für ein würdiges Grabdenkmal gesorgt (Foto).

Wie schon mal erlebt, ist auf den neuen Hinweis, ich hätte doppelte kritische Bücher gegen Porto-Erstattung zu verschenken, nur eine Zuschrift gekommen. Gedruckte Ware ist in den Digital-Zeiten offenbar weniger gefragt. Mein Angebot besteht jedoch weiter. Leider waren ja viele einstige DDR-Bürger der Meinung, sich lieber eine Nische zu suchen und ja nichtaufzufallen, anstatt kritisch und mutig zu sein. Sonst wäre es wohl eher mit der „Zone“ zu Ende gegangen.

Herzliche Grüße von Fritz Schaarschmidt, bleibt alle gesund und meidet Corona. (Impfen ist eine wichtige Maßnahme)

Der Redakteur dankt für den Beitrag und die Erinnerung an Wolfgang Mayer, der im November Geburtstag hätte. Sein Beitrag in der Aufarbeitung ist immens. Er ist für uns alle unvergessen.

Die kaum vermutete staatliche Wucht an krimineller Energie

Jörg Bilke über Freya Kliers aktuell wichtiges Buch über die Verbrechen der Staatssicherheit

Das neue Buch der Bürgerrechtlerin Freya Klier ist pünktlich zur Frankfurter Buchmesse erschienen und sorgt in Insider-Kreisen für Interesse. Der Inhalt gibt erneut Aufschluss über die Verbrechen der Stasi, zugleich deutet er an, was an weiteren Untaten noch im Dunkeln verborgen bleibt und vielleicht niemals an das Licht der Öffentlichkeit kommen wird.

Für die Freiheitsglocke hat unser kompetenter Autor Dr. Jörg Bilke wiederum eine sachkundige und mitreißende Rezension verfasst.

Als der ostpreußische Schriftsteller Ernst Wiechert (1887 bis 1950) im Sommer 1938 aus dem Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar entlassen worden war, wurde er sofort, bevor er auf seinen Hof in Oberbayern zurückkehren durfte, Joseph Goebbels, dem „Minister für Volksaufklärung und Propaganda“, in Berlin zugeführt, wo er verwarnt wurde, weiterhin gegen den nationalsozialistischen Staat zu hetzen, ansonsten würde er noch einmal ins Konzentrationslager gebracht „mit dem Ziel Ihrer physischen Vernichtung“. Als der 1933 in Oelsnitz / Erzgebirge geborene DDR-Schriftsteller Reiner Kunze 1976 seine DDR-kritischen Texte „Die wunderbaren Jahre“ in einem Westverlag veröffentlicht hatte, wurde er zu Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann nach Ostberlin einbestellt und eindringlich verwarnt, weiterhin staatsfeindliche Literatur zu schreiben, ansonsten könne er, der Minister, einen tödlichen Autounfall Reiner Kunzes auch nicht mehr verhindern. Was ist der Unterschied zwischen einem nationalsozialistischen und einem kommunistischen Auftragsmord? Es gibt keinen! Reiner Kunze hat nur deshalb überlebt, weil er am 13. April 1977 nach Bayern ausreisen durfte.

Wer die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands zwischen 1918 und 1945 kennt, kann nicht überrascht sein darüber, mit welcher Brutalität die seit 1946 in der Sowjetzone herrschenden Kommunisten sich ihrer Gegner entledigten. Schon die KPD-Geschichte in der Weimarer Republik ist eine einzige Abfolge von Parteiausschlüssen, mit denen Widerstrebende der seit Lenins Tod im Jahr 1924 einsetzenden Stalinisierung der Partei mundtot gemacht werden sollten. Wenn es sich ergab, wurde auch gemordet:

Seiten = Blick

Was ist der Unterschied zwischen einem nationalsozialistischen und einem kommunistischen Auftragsmord?

Der bayerische Kommunist Hans Beimler (1895 bis 1936), der im SED-Staat wie ein Heiliger verehrt wurde, ist, so lassen es die merkwürdigen Umstände seines plötzlichen Todes vermuten, im Spanischen Bürgerkrieg am 10. Dezember 1936 an der Madrider Front von den eigenen Genossen, denen er politisch unbequem geworden war, hinterrücks erschossen worden.

Nach 1949, als die deutschen Kommunisten über einen eigenen Staat verfügten, wurden politische Gegner nach Artikel 6 der DDR-Verfassung zu hohen Haftstrafen verurteilt, später nach dem Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957.

Aber noch weit in die DDR-Jahre hinein wurden demokratisch gesinnte Studenten der russischen Besatzungsmacht überstellt wie Arno Esch (1928 bis 1951) von der Universität Rostock und Herbert Belter (1929 bis 1951) von der Universität Leipzig, die 1951 in Moskau erschossen wurden, während der Leipziger Studentenvertreter Wolfgang Natonek (1919 bis 1994) „nur“ zu 25 Jahren Straflager verurteilt wurde.

Ähnlich dem seit 1936 unaufgeklärten Kriminalfall Hans Beimler lässt sich auch bei den rund 70 Attentaten, derer sich die 1950 in Dresden geborene Schriftstellerin Freya Klier mit analytischer Schärfe annimmt, nur schwerlich nachprüfen, wer die jeweiligen Aufträge dazu erteilte. Ein starkes Indiz dafür, dass Erich Mielkes Ministerium das ausführende Organ für Morde gewesen ist wie im Fall des 1979 geflohenen DDR-Fußballers Lutz Eigendorf und für Mordversuche wie im Fall des Ostberliner Spiegel- Korrespondenten Ulrich Schwarz, liegt darin, dass nur bei einer Organisation wie der Staatssicherheit eine derartige Wucht an krimineller Energie, gepaart mit ideologischer Verblendung, existierte. Ein „Verein zur Beförderung der Humanität“ war dieser Geheimdienst sicher nicht!

Ein Moment der Verbrechensaufklärung tritt hinzu: Freya Klier und der Liedermacher Stephan Krawczyk hatten am 8. November 1987 auf dem Weg nach Stendal / Altmark einen schweren Autounfall, der sie fast das Leben gekostet hätte; und dann erhielten sie von Oktober bis Dezember 2019, also 32 Jahre danach, mehrere Anrufe ihres einstigen Vernehmungsoffiziers von 1988, der, den nahen Krebstod vor Augen, sein Gewissen erleichtern wollte und schließlich bestätigte, dass bei dem verunglückten Auto die Bremsschläuche durchschnitten waren. Ulrich Schwarz, der 1985/89 über enge Kontakte zu DDR-Bürgerechtlern verfügte, wurde 1987 auf der Fahrt nach Rostock bewusstlos, überschlug sich mehrmals und kam wie durch ein Wunder mit dem Leben davon.

Eine weitere Variante zur Liquidierung politischer Gegner war der durch Verstrahlung herbeigeführte Krebstod, der erst Jahre nach dem Mauerfall 1989 eintrat wie bei dem Schriftsteller Jürgen Fuchs (1950 bis 1999). Auch hier gab es selbstverständlich keine Beweise, falls nicht irgendwann in der Gauck-Behörde noch entsprechende Akten gefunden werden.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite*

Einzig bei dem Mord an dem Jenaer Bürgerrechtler Matthias Domaschk (1957 bis 1981) am 12. April 1981 im Untersuchungsgefängnis Gera der Staatssicherheit scheint sich die Beweiskette zu schließen.

Dieses unglaublich spannende und inhaltsschwere Buch ist eine außergewöhnliche Kriminalgeschichte des SED-Staates, geschrieben von einer Autorin, die selbst zweimal verhaftet war und dann jahrelang recherchiert hat. Die westdeutschen DDR-Forscher haben dieses Thema leider bis heute nicht aufgegriffen.

Jörg Bernhard Bilke

Anm.: Der Verlag hat kein Belegexemplar geliefert, daher ist unklar, ob das Buch im Handel bzw. gebrauchte Exemplare kann man im Internet bekommen.

Anm. d. Red.: Wie von der Familie der Autorin mitgeteilt wurde, musste diese mit einer Erkrankung in die Klinik.
Bundesvorstand und Redakteur wünschen eine baldige Genesung und Erholung und die Rückkehr ins Leben.

Damit in der VOS alles in Ordnung ist

Interims-Stellvertreter durch Vereinsregister bestätigt

Am 01.11.2021 erfolgte die Eintragung von Kamerad Dr. Fred Mrozek als stellvertretender Bundesvorsitzender und Schatzmeister in das Vereinsregister Berlin. Damit ist für diesen kurzen Abschnitt Rechtssicherheit gegeben.

Zur Erklärung sei angemerkt, dass nach dem Ausscheiden von Rainer Buchwald zum 30. Juni 2021 eine Briefwahl seines Nachfolgers stattfand, in deren Ergebnis Kamerad Mrozek einstimmig gewählt wurde. Es stand jedoch bereits fest, dass es sich um eine Übergangslösung handeln würde, da am 22. Oktober 2021 im Rahmen der 32. Generalversammlung ein kompletter neuer Bundesvorstand gewählt werden würde. Neue Stellvertreterin und somit Bundesschatzmeister ist nunmehr Kameradin May-Britt Krüger. Die VOS dankt Dr. Mrozek für seine kurzfristige Bereitschaft und verbindet damit den Wunsch, dass er weiter – auch ohne offizielles Amt – für die VOS tätig ist.

Anzumerken ist: Das Protokoll für die kommende Eintragung ist von der Protokollantin und dem Versammlungsleiter unterzeichnet, alles weitere wird Bundesgeschäftsführer und inzwischen auch Vorsitzender Hugo Diederich für den Notar zusammenstellen. Ein Termin ist bereits festgelegt. Damit die Wahl der Mitglieder des neuen Bundesvorstandes vom Notar beglaubigen werden kann.

Glückwünsche zu seiner Wahl als Bundesvorsitzender der VOS erhielt der neue Vorsitzende Hugo Diederich u.a. vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED Diktatur, Tom Sello, in dem unser Verband einen zuverlässigen Verbündeten und Unterstützer hat.

ARK

Den alten Kadern die Stiefel lecken

MVP will im DDR-Modus den Frauentag einführen

Der Internationale Frauentag war in der DDR ein Tag, an dem die Frauen – im Auftrag der SED-Regierung – zwangsweise und einmal im Jahr entlastet und geehrt werden sollten. Er hatte eindeutig politischen Charakter und wurde im Sinne der Staatsideologie missbraucht.

Dieser Tag soll im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nun wieder offizieller Feiertag und somit arbeitsfrei werden. Die Entscheidung hat wenig mit der Würdigung des weiblichen Teils der Bevölkerung zu tun, sie ist vielmehr ein Signal an alte Seilschaften und DDR-Nostalgiker. Zugleich kann man sie als Ansage an alle betrachten, die die DDR satt haben und sie bis heute als das ansehen, was sie war: eine Diktatur.

Man muss kein gewiefter Meinungsforscher sein, um zu begreifen, dass es sich mit der erneuten Ausrufung eines Frauentages an eben jenem 8. März um die Werbung von Wählerstimmen handelt. SPD und Linke sollten also nicht tun, als würden sie den Menschen ihres Bundeslandes eine großartige Wohltat bescheren. Sie agieren in ihrem eigenen Interesse, die Einführung des Frauentages am 8. März hat somit – wiederum – rein politische Ursachen.

Nun, auf eine Art sollte man erleichtert sein, dass es sich „nur“ um den Frauentag handelt. Wäre es der 7. Oktober, die Gründung der DDR, oder der 1. März, der Tag der „Nationalen Volksarmee“, geworden, hätte die Partei Die Linke noch mehr Stimmen auf sich gezogen.

So haben die anderen Parteien immerhin noch eine kleine Chance, ihr Wahlergebnis aufzubessern.

Valerie Bosse

Die Abgründe der Seele und der Diktatur sind bis heute geblieben

Polit-Häftling Dostojewski wurde vor 200 Jahren in einem Russland heutiger Prägung geboren

Er gilt als einer der großen, vielleicht als der größte Vertreter der klassischen russischen Literatur, er hat vor allem in Deutschland bis heute ein großes Lese-Publikum und wird immer wieder herangezogen, wenn es um gewaltsame Meinungsunterdrückung, Diktaturen und Hinrichtungen geht. Er ist der klassische Be- und Hinweis, dass der großflächige Koloss am östlichen Rande Europas niemals ohne Männer wie Putin, Lenin oder Stalin ausgekommen ist, dass dieses Volk von der Peitsche bis zur Kalaschnikow und zur Lubjanka kein anderes Zuchtmittel erfahren darf.

Fjodor Michailowitsch Dostojewski wurde zwar 1821, also vor zweihundert Jahren, in Moskau geboren, doch seine Eltern stammten ausgerechnet aus Weißrussland, wovon man dieser Tage ebenso wenig Gutes zu berichten vermag. Das Dorf trägt den Namen Dostojewo und liegt in der Nähe der Stadt Pinsk. Die Vorfahren der Mutter stammten aus einer litauischen Adelslinie, der Vater, der früh starb, war Arzt, er hatte keine enge Bindung an den Sohn, der sich früh für das Schreiben und zudem das Militär entschied und in diesem Zusammenhang auch in eine 15-köpfige Widerstandsgruppe geriet, die von der russischen Polizei wegen einer staatsfeindlichen Verschwörung verhaftet und mit dem Todesurteil belegt wurde.

Heute kennt man – insonderheit nach Stefan Zweigs Erzählung – die Legende, dass kurz vor Erteilen des Erschießungskommandos der Bote des Zaren mit der Begnadigung herbei geeilt kam, um das Urteil aufzuheben. Ganz so dramatisch war es indessen nicht. Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Das Todesurteil war vorweg als warnendes Signal ergangen, die Begnadigung bereits vorgesehen. Die Angst jedoch wird jeder nachempfinden, und man kann sicher sein, dass man, wäre Putin damals russischer Zar gewesen, die Hinrichtungen vollstreckt hätte.

Ungeachtet dessen musste Fjodor Michailowitsch hernach vier Jahre Arbeitslager in Sibirien verbüßen, und auch in dieser Hinsicht, die älteren Kameradinnen und Kameraden in der VOS werden es bestätigen, hat sich bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts kaum etwas geändert. Kälte, Hunger, Leibeigeschaft und der Tod waren dort Alltag. Häftlinge wie Dostojewski wurden außerhalb des Lagers in Ketten geführt, das gefürchtete Spießrutenlaufen war Teil von Bestrafungen.

Jahres-Tage

Bei all dem Leid, das Dostojewski erfahren hat, ist er ein kritischer, präzis urteilender Kopf geblieben. Neben Tschechow, der die unvorstellbar menschenunwürdigen Zustände auf der Gefangenen-Insel Sachalin im äußersten Osten des Reiches offenlegte, hat Dostojewski eine Armut beschrieben, die es im heutigen Russland zwar nicht mehr gibt, die jedoch erklärt, dass in jenem Land Menschenleben nicht viel bedeuteten und bedeuten. Vor allem die Schilderungen im Milieu eines der berühmtesten Mörders der Literatur überhaupt, dem verarmten Studenten Raskolnikow, zeigen fast zwanghaft, dass sich in Folge der unbegreiflichen Armut und des Elends der Menschen ein Tyrann wie Lenin die Macht erobern und den sinnlosen Tod von Millionen Menschen verursachen und ein Stalin dieses mörderische Werk fortsetzen konnte.

Zu Zeiten der Sowjetunion waren es ein Solschenizyn oder ein Sacharow, die sich mit dem politischen Unrecht in Russland auseinandersetzten, vor einigen Jahren mussten die jungen Frauen der Musikband Pussy riot ins Gefängnis, heutigen tags ist es ein Alexej Navalny, der dem russischen Dauer-Diktator nicht in den Kram passt. Dazwischen (und vermutlich danach) sind es unzählige Unbekannte, die ein Stalin oder ein Breschnew auf dem Gewissen haben, gar nicht zu reden von den anderen Toten, die außerhalb des Russischen Reiches zu Millionen unter die Kommunismus-Opfer fallen.

Dostojewski hat in den politischen und sozialen Tiefen seiner Zeit gelebt, er hat aufgepasst, und er hat geschrieben. Gestalten wie die Karamasows oder Myschkin sind Zeuge seines klaren Blicks, sie beschreiben eine Gesellschaft, die im Grunde keinen dauerhaften Bestand mehr haben konnte. Das Außergewöhnliche im Vergleich zum „harmloseren“ Sozialismus der DDR und der anderen Satellitenstaaten Moskaus jedoch ist, dass damals niemand eingesperrt oder hingerichtet wurde, der lediglich „etwas schreibt“, das mit der Erkenntnis der Wahrheit zu tun hat. Der Feind allerdings, das haben wir durch die DDR gelernt, lauert in politischen Systemen, die auf Unrecht und Unterdrückung gegründet sind, überall. Ob es Verschwörungen, Manuskripte oder nur einfache politische Witze sind, mag dahingestellt bleiben. *T. H.*

Wolf im Schafspelz?

Spionagechef starb vor 15 Jahren

Er galt als der elegante Stasi-Mann mit den sauberen Händen. Geboren im Westen Deutschlands, gelangte der 1,90 m große spätere Mielke-Stellvertreter früh unter den Einfluss des kommunistischen Machtbereiches, dem er, wie er später versicherte, eigentlich gern entflohen wäre oder zumindest einen humaneren Stempel aufgedrückt hätte. Fakt jedoch ist: Markus Wolf war Leiter der Auslandsspionage des Ministeriums für Staatssicherheit, und er war stellvertretender Minister, demnach der zweite Mann hinter Mielke. Jemand wie er, der innerhalb des Unrechts-Regimes eine ungemeine Verantwortung trug und über ein System von enormer verbrecherischer Sprengkraft zu bestimmen hatte, wurde letztlich mit einer einjährigen Bewährungsstrafe bedacht, was ebenso wie die Strafverfolgung des Polizisten-Mörders Mielke einer Farce gleichkommt, und ihm die Möglichkeit bot, nach dem Mauerfall Glanz und Propaganda ohnegleichen einzuheimsen.

Wolf starb vor 15 Jahren, die hier notierte Erinnerung soll ihn nicht auch noch ehren, sondern auf die Milde hinweisen, mit der das deutsche Rechtssystem mit den Verantwortlichen des DDR-Unrechts umgegangen ist. *B. Thonn*

Die DDR war kein Sozialstaat und kein Paradies für Jugendliche

Über Recht auf Arbeit, Arbeitspflicht und die Folgen für die Betroffenen bei Verweigerung

In der DDR war es nicht möglich, über den sozialen Status selbst zu entscheiden. Das fand vor allem in der Situation der Arbeit seinen Ausdruck. Es hieß in der Verfassung, jeder habe das Recht auf Arbeit, aber dieses Recht auf Arbeit sagte nichts über die Wahl des Arbeitsplatzes aus. So wurde 1972/3 das sogenannte Absolventengesetz für Hochschulabgänger auf den Weg gebracht. Demnach durfte man sich nach Abschluss des Studiums nicht unbedingt einen Arbeitsplatz suchen, sondern war verpflichtet, den „Angeboten" der Vermittlungskommissionen zu folgen. Oft führte dies zu Arbeitsplätzen in staatlichen Einrichtungen.

Wer gar nicht arbeiten wollte, egal ob er einfach eine Auszeit brauchte oder nichts Passendes für sich fand, dem wurde innerhalb kurzer Zeit eine Stelle zugewiesen. Meist geriet man in eine Brigade, in der Parteimitglieder „Patenschaften" übernahmen, wobei Erziehung, Einmischung und Überwachung bis in die Privat- und Freizeitsphäre reichten. Es wurde darauf geachtet, dass die Arbeitsunwilligen pünktlich bzw. überhaupt am Arbeitsplatz erschienen. Bei zunehmender Weigerung erschienen die „Paten" an der Wohnung des Betreffenden, um ihn abzuholen. Griff diese wenig freundliche Maßnahme immer noch nicht, trat die juristische Phase ein. Der Verweigerer erhielt eine Haftstrafe (ohne Bewährung) und musste sich im Strafvollzug bessern. Dies alles kam nur zustanden, da es laut Verfassung neben dem Recht auf Arbeit vor allem die Pflicht zur selbigen gab. Die Konsequenzen bei Nichtbefolgung der Arbeitspflicht waren im Strafgesetzbuch (§ 249) bereits konkret aufgezeigt. Bürger*innen konnten also nicht frei über ihren sozialen Status entscheiden. Ergänzt wurde die Anwendung des StGB durch die Möglichkeit der zwangsweisen Einweisung in sogenannte Arbeitsanstalten, wobei es sich teils um aus der NS-Zeit übernommene Gebäude handelte. Nicht viel anders war es mit den Methoden und Verfahrensweisen, denn auch diese basierten auf Praktiken aus der NS-Diktatur. Betroffen von solchen rigorosen und letztlich Menschenrecht verletzenden Anwendungen waren Obdachlose, Alkoholiker und „Arbeitsscheue" sowie illegal tätige Prostituierte. Die Existenz dieser Gruppen wurde in der DDR geleugnet bzw. gezielt verheimlicht.

Es hieß, der Staat schaffe die Voraussetzungen, dass alle Bürger*innen im sozialistischen Modus leben würden. Abweichler galten als Einzelerscheinungen und als Ausbund der Gesellschaft, ihre Daseinsweise wurde auf westliche Einflüsse zurückgeführt, man stigmatisierte sie zudem als Kriminelle. Dass man nicht ganz um ihre Beschreibungen herum kam, ist in bestimmten Filmproduktionen zu sehen gewesen, in denen sie – eben durch den wohlmeinenden Einfluss der Arbeitskollektive – zur Einsicht und zur Rückführung in die gesellschaftliche DDR-Normalität veranlasst wurden.

Für Betroffene unter 18 Jahren waren in der DDR flächendeckend Jugendwerkhöfe eingerichtet worden. Die Einweisung erfolgte auf Anordnung der Behörden, wobei es keine offiziellen Bescheide gab und keine Rechtsmittel eingelegt werden konnten. Eingewiesen wurden sowohl weibliche als auch männliche Jugendliche, und dies nicht nur wegen Arbeitsverweigerung, sondern – insbesondere in den 1960er Jahren – auch aus politischen Gründen (Grit Poppe: „Weggesperrt") und wegen offen gezeigter Sympathien für westliche Mode. Teils galten lange Haare oder das Tragen von Jeans bereits als Anzeichen für eine feindliche Einstellung. Damit wurden psychische Langzeitfolgeschäden und späteres kriminelles oder „asoziales" Verhalten frühzeitig veranlagt. Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 verschärfte sich die Situation spürbar. Die DDR- Regierung erkannte, dass sich das Problem der mangelnden sozialen Integration von Individualisten und Arbeitsunwilligen nicht in der angeblich gesellschaftlich fortschrittlichen Entwicklung auflösen ließ, sondern sich im Zuge der sich verhärtenden Diktatur eher verschärfte und ausdehnte. Sie argumentierte mit dem massiven Einfluss westlicher Medien und sah sich in der Tat zunehmend mit politischen Inhalten bei der Arbeitsverweigerung konfrontiert. Staatsfeindliche Hetze, die im Grunde nur mit eigener Meinungsbildung zu tun hatte, Fluchtversuche, Ausreiseantragsteller, Rowdytum und politisch motivierte Provokationen waren längst keine Einzelerscheinungen. Der Staat verfeinerte nun seine Methoden zur Bekämpfung der Feinde immer weiter. Demnach wurden Ende der 1960er Jahre die Arbeitshäuser zwar abgeschafft, jedoch beschloss die DDR 1968 den sogenannten „Asozialen- Paragrafen". Somit konnte man Menschen, die als asozial galten, ohne Straftatbestand einsperren. Unter ihnen befanden sich nun auch die im Westen aufgekommenen Punker, dazu Ausreisewillige, Drogenabhängige sowie Eltern, die ihre Kinder (z. B. bei Verletzung der Unterhaltspflicht) vernachlässigten. Weiterhin Bestand hatten die Jugendanstalten (exemplarisch: Torgau). Ende der 1970er reglementierte die DDR diese Menschen mit der Einweisung in die Psychiatrie, welche offiziell als "Behandlung von Erkrankungen" ihren Zweck erfüllen sollten. Weiterhin rigoros ging der Staat mit „seinen" Jugendlichen um. Während das Scheinbild des vorbildlichen FDJlers künstlich durch ideologisch gedrillte Gebilde wie den „Oktoberklub" herausgeputzt wurde und das Jugendfernsehen vergeblich eine eigene sozialistisch fortschrittliche Unterhaltungskunst zu installieren versuchte, wandten sich die meisten vom Staat ab, es gab immer mehr Oppositionelle und Aufsässige, die in die Jugendwerkhöfe gesperrt wurden. Das volle Ausmaß bzw. Potenzial der politischen Renitenz und der mangelnden Bereitschaft zur Integration in die sozialistische Gesellschaft wurde nach 1989 offenkundig.

Tom-M. Richter

SPD: Eine Frage der Gerechtigkeit und der Einhaltung der Wahrheit

Was haben wir von der heutigen Sozialdemokratie realiter zu erwarten? Bleibt es beim Nichts?

Auf den Seiten 11 und 12 veröffentlichten wir die Stellungnahmen der VOS an die Parteien des Bundestags, an die wir unsere Wahlprüfsteine (WPS) gesandt hatten. Verfasser der WPS war Kamerad Felix-Heinz Holtschke, der die WPS auch hochgeladen und nunmehr die Stellungnahmen verfasst und versandt hat. Mit der Veröffentlichung des Schreibens an den designierten künftigen SPD-Co-Vorsitzenden Klingbeil sind die entsprechenden Beiträge komplett.

Sehr geehrter Herr Klingbeil, als Verfasser und Versender der Wahlprüfsteine im Auftrage des Bundesvorstandes der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) erlaube ich mir einige Anmerkungen rund um den Wahlausgang sowie eine dringende Handlungsempfehlung an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu adressieren zu einer seit Jahren ungelösten Frage der von ihrer Partei so vielbeschworenen sozialen Gerechtigkeit.

Noch am 17. September d. J. machte uns Ihre Abteilungsleiterin für Inhalte und Impulse Frau Schildmann in ihrer Email Hoffnung auf eine seriöse und glaubhafte Antwort noch rechtzeitig vor dem Wahltermin auf unsere acht eingereichten Wahlprüfsteine.

Die überraschend am 26. September zur Kanzlerpartei aufgestiegene Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat es jedoch leider nicht geschafft, der ältesten SED-Opferorganisation auf ihre schon seit Jahren anstehenden Fragen, Sorgen und Benachteiligungen vor der Wahl eine konstruktive und damit verbindliche Antwort zukommen zu lassen.

Der Kreis der Nichtbeachtung scheint sich also zu schließen: Folgt nun nach der unübersehbaren politischen Ignoranz und daraus folgenden materiellen Benachteiligung gegenüber den DDR- Altübersiedlern (Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus der politischen Haft Freigekauften) seitens der Merkel- Regierung aus CDU/CSU und SPD demnächst das gleiche hochmütige Szenario unter der baldigen SPD-Kanzlerschaft von Olaf Scholz?

Wir wollen es nicht annehmen ...

Gegen die geschichtsverleugnende Nicht-Darstellung der Rolle der Altübersiedler im Bericht „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ – der sogenannten Platzeck-Kommission – hat die VOS gemeinsam mit der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IDEF) in Form einer Denkschrift (siehe Anlage) bereits zu Beginn des Jahres eine öffentlichkeitswirksame Protest-Position bezogen.

Auch in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages würden die etwa 300.000 vom Fremdrentenunrecht Betroffenen einer weiteren Verschleppung der im Petitionsausschuss seit 2018 anhängigen Beschwerde-Petition 3-19-11-8222-006233 zum Fremdrentenunrecht nicht klaglos und tatenlos zuschauen! Dabei ist nicht nur die inzwischen über dreijährige Verschleppungstaktik seitens der Bundestagsverwaltung, sondern auch die gegen das Petitionsrecht verstoßende Übertragung der alleinigen Begutachtung dieser Beschwerde-Petition ausgerechnet durch das BMAS, dem Verursacher des sozialpolitischen Desasters, der eigentliche politische Skandal!

Die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gibt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Chance, in Regierungsverantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die Ziele der friedlichen Revolution endlich auch für deren mutige Vorkämpfer greifbar werden. Dazu gehört aus Sicht der SED-Opferverbände in erster Linie, das Fremdrenten- Unrecht gegenüber den DDR-Altübersiedlern aus der Welt zu schaffen, das bis zum heutigen Tage die materiellen Verhältnisse im wiedervereinten Deutschland auf den Kopf stellt, indem dieser eindeutige soziale Rechtsbruch die ehemaligen DDR-Systemträger nachweislich materiell besser stellt als diejenigen, die maßgeblich den Zusammenbruch des Unrechtsstaates DDR mitbewirkt haben.

Die SPD als Oppositionspartei zeigte bereits am 26. Januar 2012 im Deutschen Bundestag mit der Rede ihres rentenpolitischen Sprechers Ottmar Schreiners einen konstruktiven rechtsstaatlichen Weg aus der selbstverschuldeten Vertrauenskrise gegenüber den DDR-Opfern und -Flüchtlingen.

Als zukünftige Regierungs- und Kanzlerpartei hat Ihre Partei und Sie als ihr Generalsekretär nun in Kürze das Heft des Handelns in eigener Hand!

Sie können und müssen in einem Akt der politischen Glaubwürdigkeit den Gordischen Knoten durchschlagen und die für einen Rechtsstaat unwürdige Fehlanwendung des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) für Altübersiedler endlich aus der Welt schaffen. Denn zu einer demokratischen Kultur gehört unzweifelhaft auch eine aktive Fehlerkultur der politisch Handelnden!

Bitte übernehmen Sie daher die in unseren Wahlprüfsteinen formulierten Vorschläge mit in die anstehenden Koalitionsverhandlungen und verankern sie die für uns Opfer des SED-Regimes wesentliche Punkte als verbindliche Maßnahme im zukünftigen Koalitions-Regierungsprogramm.

Eine derartige Vorgehensweise ihrer Partei würde verlorengegangenes Vertrauen zurückbringen!

Mit freundlichem Gruß
Felix Heinz Holtschke
VOS-Landesvorsitzender NRW

Altersrenten legen zu

In zwei Jahren zehn Prozent

Ein Raunen ging durch Deutschland, als die Rentenerhöhungen für 2021 und 2022 bekanntgeben wurden. Jährlich rund fünf Prozent. Es wäre naheliegend, die Opferrente dieser Steigerungsrate anzupassen und ab Januar 2022 einen Zuwachs von 35 Euro zu beschließen. Es ist – vergleichsweise zu den Steigerungen der hohen Renten – nicht viel, aber es wäre ein Zeichen und ein wenig mehr als nur ein Trostpflaster, vor allem würde es den SED-Opfern, die meistens geringe Einkommen haben, (sehr) viel bedeuten. *T. Haltern*

Das zarte Schwert der jungen Poeten und die Messerwetzer der SED

Die Liebesgedichte der Leipziger Studierenden aus dem Jahr 1966 waren leider unzensiert

Wie schon früher oft erlebt, hat Ex-Student und späterer politischer Häftling Siegmar Faust in seiner Studienzeit bereits den Grundstein für die spätere Verhaftung gelegt. So amüsant und locker hier die Querelen des einstigen Querulanten von diesem selbst beschrieben werden, so bezeichnend sind sie rückblickend für das SED- Regime, das sich erneut ein Armutszeugnis ausgestellt hat.

Bitte lesen Sie nachfolgend vor allem die kurios anmutenden Dialoge und die Schilderungen der jeweiligen Eindrücke.

Als es noch die Karl-Marx-Uni und die sozialistische Menschenliebe gab, hatte ich gegen Ende des zweiten Semesters 1966 in der Eigenschaft als Vorsitzender des FDJ-Studentenklubs unseres Instituts für Kunsterziehung auf zwei Plakaten einen Lyrik-Abend unter dem ironischen Titel *WIR BIN DIE ZUKUNFT* angezettelt. Die Überschrift war eine Verszeile des Dompredigersohnes Odwin Q., der an unserer Lesung teilnahm, aber nicht Kunsterziehung, sondern Musikerziehung/Germanistik ebenfalls im ersten Studienjahr studierte.

Als Untertitel hatte ich hinzugefügt: *unzensierte Lyrik – von uns, mit uns, über uns*.

Das provozieren sollende Plakat lockte fast alle Studenten und zwei Dozenten an, und zwar ausgerechnet den „ollen Schrift-Dozenten“ und einen jungen, den ich noch nicht kannte. Er gehörte zur Fraktion der Philosophen und war im SED-Parteivorstand der Uni. Da wir den Lyrik-Abend mit einem von Kommilitoninnen vorbereiteten Abendessen begannen, suchte ich mit ihm das Gespräch und erfuhr wie er hieß: Dr. Dieter W.

Spannend wurde es, als ich erfuhr, dass er vor ein paar Jahren noch der Kommilitone von Volker Braun gewesen war. Am Ende kam sogar heraus, dass er vor seiner Verheiratung D. hieß und im Vorspann von Brauns erstem Gedichtband „Provokation für mich“ erwähnt wurde:

Die Liebesgedichte für
Susanne M. in Flensburg
idealisieren die schwache Liebe
meines Freundes Dieter D.
aus Erfurt, den im harten Alter
von 22 die Entfernung anfocht.

Es lasen insgesamt vier Kommilitonen ihre eigenen Gedichte vor, darunter auch ich. Da ich zuvor einleitend erklärt hatte, dass der Untertitel „unzensierte Lyrik“ bedeute, dass über die Gedichte diskutiert werden dürfe, machten die Studenten beiderlei Geschlechts davon regen Gebrauch. Es wurde auch starker Beifall gespendet und die beiden Dozenten klatschten emsig mit.

Den meisten Beifall bekam Odwin, der, wie ich zugeben musste, auch zu diesem Zeitpunkt der Beste unter uns war. Aber auch die Poetin Friederike fand ich erfrischend und sehr originell. Es war jedenfalls für alle ein anregender Abend, der sich bis früh um drei Uhr in den nächsten Tag hinzog.

Doch wenige Tage später wurden wir, die wir im Klub Gedichte vorgetragen hatten, mit unseren „Machwerken“, wie es schon unfreundlich (und nebenbei gesagt im Stasi-Jargon) hieß, vor verschiedene Kommissionen beordert, mal gemeinsam, mal jeder allein.

Wer diese drei, vier Kommissionen waren, blieb zumeist unklar. Irgendwie drängte sich die Frage auf: Wessen Wesen zeigt sich im Anwesen der Anwesenden?

Es waren uns unbekannte Herren älteren Semesters, die zumeist ein Parteiabzeichen angesteckt hatten und so ernst blickten, als hätten wir eine Straftat begangen.

Zuerst wollten sie das Plakat als eine Provokation sehen. Odwin und ich gaben zu, dass die beiden Zeilen der Überschrift von uns stammten. „Wir bin die Zukunft“ wurde natürlich als eine Verhöhnung des hehren Grundsatzes „Wir sind die Zukunft“ gewertet, denn wir FDJler galten ja als Kaderreserve der Partei und verkörperten also die Zukunft der SED. Und dann noch mein Untertitel mit der „unzensierten Lyrik“.

„Sie wollen also behaupten, dass es in unserem Staat Zensur gibt?!“

„Nein, nein“, stotterte ich los, „das soll ja nur aussagen, dass wir ... dass wir neue Gedichte, also unveröffentlichte Gedichte lesen, die noch niemand kennt...“

„Was hat das mit Zensur zu tun?“

„Na ja, das Publikum sollte die Gedichte zensieren, also mit Buhrufen oder mit Beifall bewerten. So war das ... ja, so war das gemeint.“

„Sie wollen uns wohl verarschen, was?!“

Es vergingen wenige Tage, da wurde der Dompredigersohn exmatrikuliert, denn es hatte sich angeblich herauskristallisiert, dass er gar „partei- und staatsfeindliche Gedichte“ verlesen haben sollte.

Was? Ich glaubte mich verhört zu haben. Ich wurde erneut vorgeladen, wo mir das von einem unauffällig aussehenden Herrn mittleren Alters mitgeteilt wurde. Er stand mir in einem spartanisch eingerichteten Raum gegenüber, bot mir keinen Platz an, so dass alles im Stehen stattfand.

Ein weiterer Herr mit einem nichtssagenden Gesicht und in einem ebenso unauffälligen Anzug saß auf einem Stuhl im Hintergrund.

„Sie sind der Vorsitzende des FDJ-Studentenklubs, das heißt, Sie hatten die Verantwortung für diesen Abend. Wieso haben sie solche Gedichte von Q. ...?“

„Welche?“

„Na hier, da ist von Nachtigallen mit zugeklebten Schnäbeln die Rede. Halten Sie uns für so dumm, dass wir das nicht als Angriff auf das 11. Plenum unserer Partei verstehen?!“

Das Blatt, auf dem das stand, zog er gleich wieder zurück, so dass ich es nicht lesen konnte.

„Das halte ich für ...“ Ich zögerte, wusste nicht wie ich mich ausdrücken und das Gedicht und damit Odwin Q. verteidigen sollte.

„Na, was wollten Sie sagen?“ Und kurz darauf: „Sie können nur noch eines: Selbstkritik üben. Zumal Ihre Gedichte und die von der T. auch nicht gerade unserem sozialistischen Niveau entsprechen.

„Verstehe ich nicht ...“

„Hatten Sie nicht ein Porträt von sich vorgelesen?“

→ *nächste Seite oben*

→ *nächste Seite oben*

Er reichte mir ein Blatt herüber, auf dem tatsächlich mein Gedicht *PORTRÄT* mit dem Endvers stand:

… kein farben / brüllen freude / stilles schwarz / sucht wahre beute.

„Meinen Sie vielleicht, dass wir ausgerechnet an unserer Karl-Marx-Universität Schwarzseher ausbilden möchten?“

Ich wusste nicht, was ich auf diesen Faselei noch antworten sollte. Nach kurzer Schweigepause, in der sich mein Gegenüber kurz zu dem auf dem Stuhl sitzenden Genossen oder Kollegen umsah, sprach er mich wieder an: „Also, die letzte Chance! Distanzieren Sie sich von den Gedichten des Q. und üben Sie ehrliche Selbstkritik?!“

Kurze Pause. Ich hatte keine Schuldgefühle und sagte naiv: „Es waren zwei Dozenten anwesend, Herr Dr. W. von der Parteileitung und unser Dozent für Schönschrift, ein alter Kommunist.“

„Na und?“

„Wenn das denen nicht aufgefallen ist, warum dann mir? Beide haben starken Beifall geklatscht, das konnte ich doch von vorn genau sehen.“

Er guckte sich wieder zu dem Mann im Hintergrund um, der keine Miene verzog. Dann wieder an mich gerichtet: „Und an den pessimistischen Gedichten der T. haben Sie sich auch nicht gestört?“

„Nein. Das ist doch eher Geschmackssache ... “

„Geschmackssache nennen Sie das? Solche Leute wollen Lehrer werden und unsere Kinder zu sozialistischen Persönlichkeiten erziehen?“

Wieder eine Pause. In mir stiegen Verachtung und Wut auf. Wahrscheinlich konnte man mir das ansehen, denn nun sagte er: „Ich sehe, Sie sind uneinsichtig. Nun, die Konsequenzen müssen Sie selber tragen.“

Ich drehte mich um, stammelte noch so etwas wie einen Abschiedsgruß in meinen Bart und verließ das Zimmer. Doch bereits zwei Tage darauf, es war kurz vor dem Ende des zweiten Semesters, musste ich wieder antreten, dieses Mal vor einem Disziplinarausschuss, wo mir mitgeteilt wurde, dass ich exmatrikuliert werde und mich ein Jahr in der Produktion zu bewähren hätte, bevor ich das Studium fortsetzen könne. **Wird fortgesetzt** → → →

Spender für die VOS

Danke an alle, die sich immer noch so großzügig für den Verband einsetzen

Rolf-Dieter Weske, Walter Schrader, Angelika Rabalt, Johannes Rink, Dorothea Harder, Frank Dickmann, Gisela Lotz, Gerd Franke, Peter Klaußner, Karl-Gunter Wehling, Beate Rusch, Michael Pahl, Gert Ahnert, Marlies Janisch, Günter Meise, Ingrid Wohlfahrt, Hans-Joachim Markgraf, Michael Krug, Herbert Thomas, Herbert Ewen, Irma Sann, Bernd Noll, Sabine Steckroth, Helmut Weckschmied, Heidemarie und Dr. Klaus Mlodzianowski, Friderun und Egon Seel, Elke Wahl, Horst Wagner, Heinz Bemme, Erich Jacobi, Hede Ehrlich, Fritz Schaarschmidt, Werner Röstel, Monika und Volkmar Christner, Roland Ermer, Wolfgang Wiese, Karla und Dieter Bachmann, Karl-Heinz Ulrich.

Er hat die lange Anfahrt auf sich genommen, um dabei zu sein

Zeitzeuge Jochen Stern kehrt zum Tag der Einheit an den Schauplatz seiner Leiden zurück

Jochen Stern, bundesweit anerkannter Schauspieler und einer der besten seines Fachs, kam anlässlich des Tags der Deutschen Einheit nach Potsdam, um noch einmal Zeugnis vom Unrecht der kommunistischen Diktatur und der Gnadenlosigkeit der SED-Machthaber zu geben. Hier in der Potsdamer Stasi-U-Haft brachte er ein Jahr unter den übelsten Bedingungen zu. Vor den anwesenden Medienvertretern und den Vertretern der Gedenkstätte schilderte er seine persönlichen Erinnerungen. Zugleich wurde aus den Kreisen anderer Zeitzeugen und Förderern der konkrete Vorschlag laut, Herrn Stern in die Expertenkommission und in den Gedenkstättenbeirat aufzunehmen. Mit 93 Jahren ist Kamerad Stern seit dem Tod von Heinz Unruh nahezu der letzte ehemalige Potsdamer politische Häftling dieser Generation. Die Präsenz eines solchen Zeitzeugen ist unersetzbar, zumal Jochen Stern körperlich in sehr guter Verfassung ist.

ARK (Foto und Text)

Die Interpretation ist völlig falsch

Der Staat Israel ist kein Abbild des Faschismus

✉ Israel erscheint vielen Linken, angefeuert aus der osteuropäischen Propaganda des 20. Jahrhunderts, bis heute als imperialistischer Aggressor. Demnach wird der arabische Widerstand in Israel als legitim angesehen. Es scheint so, als sei die Wahrnehmung überformt von der Vergangenheitsbewältigung. Rechte wie linke Despoten setzen Israel nun mit „NS-Deutschland“ und die Palästinenser mit dem antifaschistischen Widerstand gleich. Die Bewertung fällt jedoch gegensätzlich aus. Dabei haben beide Sichtweisen mit dem realen Konflikt wenig zu tun, vielmehr spiegeln diese Blickrichtungen, das gestörte Verhältnis der Deutschen zu ihrer eigenen Vergangenheit wider.

Jüdisches Leben in Deutschland ist heute vielfältig und bunt wie nie seit dem Holocaust. Dennoch bleibt jüdisches Leben in Deutschland weiterhin fragil und bedroht. So bewegt sich der Alltag der jüdischen Menschen in Deutschland in den 2020er Jahren zwischen Renaissance und zunehmendem Antisemitismus. Wie sich die jüdischen Gemeinschaften entwickeln, so entwickelt sich auch die deutsche Gesellschaft insgesamt weiter. So werden sich neue Herausforderungen ergeben, aber auch neue Chancen der Annäherung und Zusammenarbeit.

Wir sind in unserer Generation unbelastet, und wir sind bereit, an einer gemeinsamen Gestaltung mitzuwirken. *Andrè Rohloff, Neubrandenburg*

Meinung

Wem nützen eine Plakette und ein neuer Titel?

Potsdamer Lindenhotel als Schauplatz für Häftlingsfolklore ist kein Einzelfall

Die einen mag's gefreut haben, die anderen schauten nur flüchtig hin, als in den Medien berichtet wurde: Die Stasi-Opfer- Gedenkstätte in der Potsdamer Lindenstraße, laut Ex-Insasse Richter-Kariger „Lindenhotel", ist am Tag der Deutschen Einheit zum „Ort der Demokratiegeschichte" gekürt worden. Aus diesem Anlass wurde eine Plakette in der ehemaligen Haftanstalt enthüllt. Es heißt, damit wurde an die Opfer, die seit 1945 bis zum Herbst 1989 hier gelitten haben, erinnert. Was genau geschah, ist zwar bekannt, aber die Rolle der noch lebenden ehemaligen Insassen wird eher in die Rubrik Haft-Folklore umgewandelt.

Politische Häftlinge sind bekanntlich immer dann gut als Kulisse zu verwenden, wenn Politiker oder Institutionelle die üblichen Reden halten, Kränze niederlegen und – wie hier geschehen – Plaketten oder Gedenktafeln enthüllen. Wenn es darum geht, sich den Fragen nach Verbesserungen der Leistungen oder die Betroffenen aktiv in die Aufarbeitung einzubeziehen, ist das Interesse gering. Die peinliche Resonanz auf die Wahlprüfsteine der VOS, das Schweigen auf die vielen Schreiben der IEDF an diverse Politiker*innen haben es bewiesen.

Die Opfer leisten dem geradezu Vorschub, indem sie sich letztlich noch über die Randposten in Beiräten oder Expertenkommissionen streiten. Gerade im Fall des Potsdamer Lindenhotels weiß mittlerweile kaum noch jemand, was geschehen wird. Die hohen Posten im Stiftungsvorstand und im Beirat sind mit Leuten ausgebucht, die von der Existenz eines Lindenhotels erst erfahren haben, nachdem die Stasi das Feld geräumt hatte. Das Gerangel macht keinen guten Eindruck. Es steht im Widerspruch zum Verhalten der Parteien, die die Opfer von oben herab behandeln. *B. Thonn*

Opferverband VOS tagte in Thüringen

Pressemitteilung zur 32. Generalversammlung der VOS

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus hat vom 22. bis zum 24. Oktober 2021 in Friedrichroda in Thüringen ihre 32. Generalversammlung abgehalten.

Bundesweit waren 43 Teilnehmer angereist. Zum Bundesvorsitzenden der Vereinigung wurde der Diplom-Kaufmann Hugo Diederich, der selbst 1986/87 für elf Monate in der DDR politisch inhaftiert war, gewählt. Er ist im katholischen Eichsfeld aufgewachsen. Der in Düsseldorf wohnende Felix Heinz Holtschke und die Rostockerin May-Britt Krüger wurden zu seinen Stellvertretern gewählt.

Hugo Diederich, neuer Bundesvorsitzender: Wir, die politisch Rehabilitierten der SBZ/DDR, sollten zukünftig als Ehrenbürger wahrgenommen werden und nicht als Opfer am Rand der Gesellschaft, denn wir sind die Sieger. Wir waren die Vorkämpfer der Demokratie und für ein einiges Deutschland. Wie kleine Mosaiksteine haben wir am Zerfall dieser Diktatur gewirkt.

Zollt den Vorkämpfern der Friedlichen Revolution Respekt, denn sie gingen durch die Hölle der Diktatur.

In Zeiten, wo die Verbrechen der SED, die rechtsidentisch mit der Partei Die Linke ist, zunehmend verharmlost wird, muss ein Ruck durch die gesamte Gesellschaft gehen, damit auf deutschem Boden nie wieder eine Diktatur eine Chance hat.

Wir dürfen die Verbrechen dieser mörderischen Diktaturen nicht vergessen. Heute stehen wir um 17 Uhr am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus in Berlin am Steinplatz und gedenken mit anderen Opferverbänden der Opfer, die entführt und in Moskau hingerichtet wurden, durch Vorlesen derer Namen.

Die VOS wurde 1950 in Berlin gegründet. Sie ist der älteste und größte Opferverband und vereint bundesweit Tausende Opfer der SED-Diktatur und deren Sympathisanten.

Hugo Diederich im Namen d VOS

Spitzenkandidatur nicht ausgeschlossen

Thomas Kemmerich, FDP Thüringen, zeigt sich erholt

Viele haben gemeint, seine politische Karriere sei unwiderruflich beendet und auch im Beruflichen würde sich nicht mehr viel abspielen. Aber er ist wieder, oder noch, da, und all jene, denen der Stachel der dubiosen Vorgänge der Landtagswahl von 2020 noch in den Knochen steckt, sind aufmerksam geworden: Thomas Kemmerich von der FDP Thüringen will sich im nächsten Jahr erneut als Spitzenkandidat seiner Partei bewerben, und er hat gute Aussichten auf Erfolg. Was das für die möglicherweise in 2022 anstehende Landtagswahl heißt, lässt sich nicht nur ahnen: Kemmerich und die FDP könnten zum Abräumer und somit zum ernstzunehmenden Konkurrenten für den bisherigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke) werden.

Zur Erinnerung: Kemmerich hatte bei der letzten Wahl durch vorherige Absprache mit den Fraktionen von CDU und AfD eine unerwartete Stimmenmehrheit erzielt und war daraufhin zum zeitweiligen Buhmann der politischen Szene in ganz Deutschland ausgerufen worden. Parteichef Lindner hatte das Land um Vergebung angefleht und Kanzlerin Merkels Interesse war vorübergehend vom internationalen Geschehen auf die deutsche politische Landschaft gelenkt worden. Den Rest besorgten die Medien. Kemmerich wurde bedroht und zur Unperson, Ramelow bekam seinen Posten, und die Lehrstunde schien beendet.

Dass sich Kemmerich wieder nach oben boxen will, ist bemerkenswert, doch nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Erhebliche Teile der Wählerinnen und Wähler haben seinen erzwungenen Rücktritt bedauert. Es könnte sein, dass sie bei der Stimmenvergabe an Kemmerich festhalten. Kemmerich könnte demnach auch ohne AfD-Gunst weit vorn landen, und es ist nicht vorstellbar, dass Christian Lindner ihn dann abermals zu Fall bringen wird. *B. Thonn*

Anm.: Der Redakteur bemüht sich in 2022 um ein Interview mit Herrn Kemmerich.

Das Schiff treibt weiter ins offene Meer

Der Zustand der CDU ist übel

Man muss kein CDU-Anhänger sein, um mit Bedauern anzusehen, was mit der Partei, die über Jahrzehnte das Geschick der deutschen Nation gelenkt hat und wesentlich zur Heilung der schweren Wunden beitrug, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat, geschieht. Der blamable Ausgang der Wahlen im September 2021 und das klägliche Spektakel um die Nachfolge einer amtsmüden, und am Ende kraft- und verantwortungslosen Kanzlerin Merkel sind symptomatisch für den Zustand der Partei.

Im Dezember – nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe – soll die Neuwahl eines Vorsitzenden stattfinden, wobei man auf die Genderform verzichten darf, denn es treten trotz breiter öffentlicher Kritik nur männliche Bewerber an, und diese – man will sicherlich keinem zu nahe treten – entbehren sowohl der Attraktivität in Bezug auf die Wählerinnen und Wähler, und es ist auch fraglich, ob sie die Kompetenz für die Ausübung einer späteren Kanzlerschaft mitbringen. Zwei sind darunter, die bei Wahlen bereits gescheitert sind. Friedrich Merz hat sich zweimal vergeblich um den Vorsitz bemüht, und Norbert Röttgen kam weder bei der NRW-Ministerpräsidenten-Wahl noch beim Kampf um den Vorsitz der Partei zum Erfolg. Nun sind die dicken Brocken (bildlich gesprochen) aus dem Weg geräumt, und demnach könnte es klappen. Dass plötzlich auch Helge Braun, bislang ein wenig beschriebenes Blatt, aufgetaucht ist, macht die Wahl nicht interessanter.

Die Frage stellt sich, ob denn niemand begreift, dass man mit alten Besen (wiederum bildlich gemeint) in der heutigen Parteienlandschaft und einem gewaltigen Druck an Herausforderungen bei Wahlen nicht punkten wird. Die Menschen auf der Straße winken ab, wenn der Name Friedrich Merz fällt, sie zucken mit den Achseln, kommt man ihnen mit Röttgen oder Braun. Will man denn nicht begreifen, dass hier nur frisches Blut und eine Erneuerung von unten helfen können? *V. Bosse*

Kanzlerstatus: Das erprobte Schweigen

Über die Sorgen, die uns Olaf Scholz schon jetzt macht

Innenpolitisch geht es weiter wie bisher. Oder wie soll man das stille Auftreten des werdenden Kanzlers beschreiben?

Bei allem, was passiert, sitzt dieser blasse Mann dabei, als wäre er ein Gast und nicht derjenige, der uns politisch leiten soll. Wir kennen das ja von der „Noch- Kanzlerin“, was wir aber nicht ewig wiederholen wollen. Die Frage ist vielmehr, was erwarten wir von Herrn Scholz. Da er schon in öffentlichen und internen Debatten seine Stimmbänder gern schont, soll daran erinnert sein, dass ihn bald schon Aufgaben im Ausland erwarten. Dort hat Merkel – dies darf durchaus gesagt werden – dafür gesorgt, dass das Ansehen unseres Landes enorm gewachsen ist. Das politische Gewicht ist vielfältiger und größer geworden, der Respekt hat zugenommen, und tatsächlich hat Merkels Zurückhaltung sogar zu einer beachtlichen Beliebtheit der Deutschen geführt. Das ist anders als bei Helmut Kohl, der seine Macht auslebte, oder bei Gerhard Schröder, der ich-bezogen und nicht immer weise aufgetreten ist.

Olaf Scholz trauen wir keine dieser Positionierungen zu. Wie wird er aber Putin, Erdogan oder Orban Paroli bieten? Er wird in Vollversammlungen und bei schwierigen bilateralen Verhandlungen auftreten und deutsche Interessen vertreten müssen. Uns wird bange, wenn wir ihn uns als harten Widerpart gegen Lukaschenko oder den Chinesen Xi vorstellen sollen.

Was können wir ihm empfehlen? Vielleicht: Nimm besser die Merkel mit und lass die Türen verschlossen, dann hört keiner, wer redet und wer schweigt. Oder so: Wie wäre es, wenn du vor wichtigen Verhandlungen Kühnert und Esken zu Vorgesprächen schickst?, dann kannst du anschließend als ruhender Pol auftreten.

Wir Deutsche machen es jetzt einfach so wie Olaf Scholz, wir schweigen und beobachten. Damit kommt man am besten zurecht. Oder geht das gar nicht? *T. H.*

Vom vielen Reden wird keiner schlauer

Zu viele Leute wissen, wie wir die Pandemie bezwingen …

Im Jahr 1947 gab es in Deutschland einen Spielfilm, der den Titel „Eins, zwei, drei Corona“ trug. Der Regisseur war Hans Müller, der im westfälischen Lüdenscheid geboren wurde und den großen Komiker Loriot zu der Namensgebung Müller-Lüdenscheid inspirierte. Hans Müller machte viele gute Filme mit bekannten Mitwirkenden (u. a. „Zar und Zimmermann“). Was er tat, hatte Hand und Fuß, vor allem vermochte er sich in seiner Arbeit durchzusetzen und gute Ergebnisse abzuliefern.

Was nun haben Hans Müller und der Film „Eins, zwei, drei Corona“ mit dieser Kolumne zu tun? Die Antwort ist recht simpel: Der Mann konnte mit dem Thema Corona umgehen. Genau das muss man unseren Politiker*innen und den Medien absprechen. Man schaltet morgens das Radio ein, und prompt streiten sich diverse Leute um falsche oder richtige Anti-Corona-Maßnahmen. Alle wissen, was falsch gemacht wurde und was man hätte anders machen können. Alle reden aneinander vorbei. Alle machen allen angst. Alle reden davon, dass man hätte – längst – handeln müssen, aber alle behaupten, im Grunde darf man gar nicht handeln, weil es sowieso falsch ist.

Es ist ein Verwirrspiel, bei dem in erster Linie eines erzeugt wird: Überdruss. Hinzu kommt Verunsicherung und der Ruf nach Kompetenz. Wer ist kompetent? Die neue „Ampel“ macht nicht den Eindruck. Sie ist mit der Verteilung künftiger Posten beschäftigt. Die alte Regierung ist aus dem Rennen, denn üblicherweise wird das, was die alte Regierung in ihren letzten Tagen doch noch beschließt, von der neuen – schon um besseres Wissen zu demonstrieren – sowieso bald verworfen.

Die Menschen im Land aber warten. Die meisten sind geduldig und vernünftig, aber sie sind auch so gescheit, dass sie unnützes Gerede für überflüssig halten. Sie schalten ab, nicht nur beim Radio, sondern auch beim Interesse. *B. Thonn*

Wir hoffen auf Besserungen

Frau Zupke, Herr Hendriks und Herr Dr. Kaiser als Gastgeber des neuen Runden Tischs

Zum neuerlichen Rundtischgespräch mit Opfergedenken lud am 18. November der Beauftragte des Landes NRW nach Düsseldorf ein. Wie bei den früheren Treffen auch herrschte eine gute Atmosphäre. Die anwesenden ehemaligen politischen Häftlinge konnten erneut ihre Fragen und Sorgen sowie die persönlichen Anliegen vorbringen.

Bereits vor der Veranstaltung hatte die Opferbeauftragte Evelin Zupke (Foto: links neben J. Krahn) ihre Teilnahme zugesagt, und erfreulicherweise hielt sie die Zusage ein, und so konnten die Betroffenen auch ihr gegenüber ihre Anliegen vortragen, wobei es einmal mehr um die Abschaffung des RÜG und die Besserung der Lage aller Opfer und Verfolgten ging.

Anwesend – wie schon bei den vorigen Zusammenkünften – war auch Staatssekretär Dr. Kaiser, der sich ehrlich um die Lösungen der erneut vorgetragenen Probleme bemüht.

Man darf hoffen, dass sich die Situation im Hinblick auf COVID 19 bis zur nächsten Einladung entspannt hat, und sich dann wieder mehr Interessierte einfinden werden. Ansonsten sollte es überlegenswert sein, ob man nicht wieder die Möglichkeit einer Zoom- Konferenz nutzen könnte. *ARK / HD*

Glückwünsche gehen für den Januar an **Dr. Frank Hoffmann** vom Institut für Deutschlandforschung an der Ruhr-Universität Bochum, der im besagten Monat Januar 60 Jahre alt wird. Insonderheit der Kreis der Zeitzeug*innen aus NRW und weiterer Sympathisanten gratuliert herzlich und heftig und wünscht noch viele wissenschaftlich motivierte Jahre.

Strukturen staatlicher Repressionen offenlegen und erinnern!

Noch heute wird ein Stalin in Russland verehrt und als offiziell großer Staatsmann gefeiert

Der 30. Oktober ist seit 1991 der offizielle Gedenktag für die Opfer der politischen Repression, insonderheit des GULag und des stalinistischen Terrors. Seit mehreren Jahren beteiligt sich daran Memorial Deutschland e. V. und lädt zum Gedenken an den Gedenkstein DEN OPFERN DES STALINISMUS in Berlin ein.

Dieser Gedenkstein wurde 1950 durch die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. der Stadt Berlin übergeben. In Moskau finden ebenfalls Gedenkfeiern am „Solowezkijj-Stein“ für die Opfer der politischen Repression statt. Dieser Gedenkstein wurde am 30. Oktober 1990 eingeweiht.

Mehr als 20 Millionen Menschen litten zwischen 1920 bis Mitte der 1950er Jahre in den Straf- und Arbeitslagern der Sowjetunion. Bis heute ist nicht bekannt, wie viele von ihnen angesichts schwerster körperlicher Arbeit, drakonischer Strafen, Mangelernährung, sibirischer Kältetemperaturen, Krankheiten und körperlicher Erschöpfung starben oder in den stalinistischen Lagern ermordet wurden.

Und noch heute ehrt man Stalin in Russland wie einen heldenhaften Staatsmann.

Am 30. Oktober 1974 begingen erstmals Inhaftierte in den Straflagern der UdSSR mit einem Hungerstreik den „Gedenktag für die politischen Gefangenen“. In der Regierungszeit von Michail Sergej Gorbatschow fanden 1984 in größeren sowjetischen Städten entsprechende Demonstrationen statt, die 1989 in einer 3.000 Personen starken Menschenkette um das KGB-Gebäude in Moskau mündeten. 1991 erklärte der Oberste Rat der Russischen Sowjetrepublik den 30. Oktober 1991 zum offiziellen „Gedenktag der Opfer politischer Verfolgung“. Dies war damals ein historischer Schritt, man hatte weitere, sehr wesentliche erwartet. Leider vergeblich.

Inzwischen sind es vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen wie Memorial oder das Sacharow-Zentrum, die über die politisch motivierten Massenmorde und Verfolgungen aufklären, Zeugnisse sichern, den Opfern Namen und Schicksal zurückgeben und die Erinnerung wach halten.

„Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern; tot ist nur, wer vergessen wird.“ Dies sagte bzw. schrieb der größte deutsche Philosoph Immanuel Kant, der in einer deutschen Stadt geboren wurde, die heute auf russischem Territorium liegt: Königsberg.

So wurden am Vorabend (29. Oktober 2021) des in Russland offiziellen Gedenktages (30. Oktober 2021) in Berlin viele Namen von Opfern in deutscher und russischer Sprache verlesen, um an die Schicksale der Deutschen und an Menschen anderer Nationalitäten zu erinnern und ihrer in Würde und Ehrlichkeit zu gedenken. Es waren jene Bedauernswerten und Aufrechten, die vor und zwischen 1950 und 1953 von sowjetischen Militärtribunalen in der DDR zum Tode verurteilt und häufig in Moskau hingerichtet wurden.

André Rohloff / V. Bosse

Jene Tage im November 1989 waren überaus aufregend und intensiv

Der Lebensbericht eines rührigen DDR-Bürgers, der das erste VOS-Mitglied der DDR wurde

Kamerad Ulrich Schnuchel aus Prenzlau stellte nicht nur als erster Bürger der DDR einen Antrag auf Aufnahme in die VOS, er hat auch in den Tagen des Mauerfalls viel geleistet und gesehen.

Insgesamt blickt er auf ein spannendes Leben zurück, aus dem nachstehend einige interessante Abschnitte nachzulesen sind.

Ich versuche mich kurzuzfassen, obwohl viel zu meiner Person zu sagen wäre. Mir ist es jedenfalls wichtig, einiges aus meinem früheren Leben und meinem heutigen Dasein zu berichten, um zu zeigen, dass ich wahrlich nicht zu Unrecht VOS-Mitglied bin.

Ich war nicht nur nachweisbar Verfolgter des SED-Regimes, sondern ein Kämpfer für die Einheit, und selbst der Altkanzler Dr. Helmut Kohl hatte mich nach der Gründung des Bürger-Büros in Ost-Berlin angeschrieben, und ich willigte sofort ein, meine Stasi-Akte in der Gauck-Behörde einzusehen. Ich war der erste sogenannte DDR-Bürger, der dem Altkanzler in Dresden am Dienstagabend, 19. Dezember 1989, bei seiner Ansprache an der Ruine der Frauenkirche einen kleinen Veilchenstrauß überreichte, den er dann an Frau Dr. Wilms (Dorothee Wilms war zu jener Zeit Ministerin für Innerdeutsche Beziehungen – d. Red.) übergab. Anschließend ging ich vom Interhotel Bellevue mit zu einer Gaststätte, wo ich die von mir in aller Eile mit der Schreibmaschine verfassten Zeilen an Norbert Blüm übergab.

Am folgenden Tag, Mittwoch 20. Dezember 1989, war ich als geladener Gast trotz der Behinderung durch die DDR-Organe noch ins Foyer des Hotels gelangt. An diesem Mittwoch hat mich Dr. Ackermann im Foyer des Hotels nach einer vorigen Begegnung am 17. November 1989 sofort wiedererkannt. Er lud mich für den 22. Dezember 1989 als Gast und Teilnehmer nach Berlin zur Öffnung des Brandenburger Tores ein. Dort war ich dann dabei, und am selben wurde ich auf Vorschlag von Intendant Fritz Pleitgen zu einer Gesprächsrunde des SFB mit Bärbel Bohley eingeladen. Ausdrücklich äußerte ich den Wunsch vieler Menschen, die Wiedervereinigung Deutschlands nun durchzusetzen. Ich sagte unverhohlen, dies sei doch wohl auch das Anliegen aller Deutschen. Am weiteren Abend traf ich auch Frau Dr. Wilms, die mich sofort wiedererkannte.

Nun zurück zu jenem Freitag 17. November 1989 in Bonn: Meine Anwesenheit im Kanzleramt und dem dazugehörigen Gelände war die eine Sache. Es gab Fernsehaufnahmen, die in die ganze Welt ausgestrahlt wurden.

Rückblick

Ich traf hier erneut Herrn Dr. Ackermann, dem ich viel über mein Leben und die Verhältnisse in der DDR berichtete. Von ihm erhielt ich den ersten Hinweis auf die Existenz der VOS, von der mich bald schon der damalige Bundesgeschäftsführer Heinz Angerer begrüßte. Ich wurde sofort Mitglied des Verbandes, und dies mit Datum 17. November 1989 als erster „Noch-DDR-Bürger“. Die Kassette mit den Aufzeichnungen zu den Ereignissen dieser Tage erhielt ich 1994.

Dies alles war Teil einer großartigen Rundreise, die ich am 9. November 1989 begann. Ich war gegen 22.00 Uhr über die Grenze nach Bayern gefahren. Um mich herum herrschte überall Freudengesang, da die Öffnung der Mauer bekanntgegeben worden war. Mit meinem Wartburg fuhr ich am 19. November bis nach Paris und erklomm den dortigen Eiffelturm.

Manchmal wünsche ich mir diese aufregende Zeit zurück. Heute gehe ich am Rollator oder mit Gehhilfen. Ich hatte einen unverschuldeten Autounfall. Der Verursacher ist entkommen, ohne dass von den Zeugen sein Fahrzeug- Kennzeichen notiert werden konnte.

Alles, was ich hier berichte, hätte ich gern auf meiner Reiseschreibmaschine aus dem Jahr 1971, die damals 470 DDR-Mark gekostet hat, niedergeschrieben. Sie wurde mir gestohlen, so dass ich nunmehr ein altes gebrauchtes Modell benutzen muss. Ich bin inzwischen Altersrentner, aber ich habe während meiner Berufszeit sechs Facharbeiterzeugnisse und zwei Meisterbriefe erworben. Ich war Neuerer und habe zwei Erfindungen gemacht, wovon die Leipziger Kirow Werke profitierten. Ich wurde jedoch laut Anordnung von Erich Mielke überwacht, meine Stasi-Akte umfasst etwa 1.000 Seiten. Der OV hierzu hieß „Flieger“, vermutlich wegen meiner beruflichen Tätigkeit in der Flugzeug-Produktion. Was ich verbrochen haben soll, erschließt sich mir allerdings nicht. Vielleicht weiß es meine 1981 von mir geschiedene Frau. Nachdem sie fort war, fanden fünf „konspirative“ Hausdurchsuchungen statt. Ich habe einige ehemalige Offiziere angesprochen, aber ohne Erfolg. Ich halte es mit dem Leitsatz des großartigen Kameraden Günter Arndt: „Wir wollen keine Rache, sondern Aufklärung, Frieden und Gerechtigkeit.“ Ich habe lange als Kranführer gearbeitet und war einige Jahre selbstständig. Ich habe mir mehrere Reisen nach Florida, Australien, Singapur und Afrika geleistet. Ich könnte über mein Leben Bücher schreiben, wobei meine Biografie bis jetzt 484 Seiten umfasst. Ich war in all den Jahren auch immer für Hilfsbedürftige tätig. So habe ich von 1998 bis 2003 ein behindertes Ehepaar versorgt, ich war auf dem Flugplatz Prenzlau / Dedelow ehrenamtlich als Platzwart tätig und vieles mehr. Nun muss ich selbst hilfsbereite Bürger um Unterstützung bitten, mir gegen Bezahlung zu helfen. Das sind Arztbesuche, Einkäufe oder Bankaufträge. Verstehen kann ich das nicht. Ich warte bereits sieben Monate auf die Anerkennung meiner Behinderungen. Ist das die Funktionsweise des Rechtsstaates oder übertrumpfen wir alsbald die kleinkarierte Mitarbeiter-Diktatur der untergegangenen DDR?

Von meinen Ersparnissen kann ich auch wenig Gutes berichten. Ich hatte sie als Beteiligung an einem Wind-Energie-Park angelegt. Das sieht nicht besonders gut aus.

Ulrich Schnuchel, 91, Prenzlau

Die VOS dankt dem Verfasser.

Vergangen Lebendiges, über das lange nicht geredet werden durfte

Auch in diesem Jahr fand wieder eine Reise mit berührenden Momenten nach Toszek statt

Es ist ein Tag mitten im Oktober im oberschlesischen Toszek, einem kleinen Städtchen in Polen, 50 km südwestlich entfernt von Opole. Der Geruch von Herbst und Kohleheizung liegt in der Luft, die sich wie feiner Nebel auf die Landschaft legt. Über 400 km sind wir aus Dresden angereist: Sieben Menschen auf Spurensuche im ehemaligen sowjetischen Internierungslager Tost.

Dieses Lager war 1945 ein Internierungslager des NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR). Hier wurden deutsche Zivilisten interniert, um das besetzte Land zu „säubern". Rechtsstaatliche Prozesse, offizielle Anklagen und Verfahren gab es für die Betroffenen nicht. Offiziell dienten die Lager der Entnazifizierung, in Wirklichkeit wurden hier zahlreiche Unschuldige inhaftiert.

Als Grund für die Inhaftierung genügte es, als „antisowjetischer Gegner" verdächtig zu sein. Hierher kamen ab dem Sommer 1945 auch 3704 Gefangene aus dem Speziallager Bautzen, eines von den zehn Speziallagern, die es in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gab.

Nacheinander betreten wir das rote Backsteingebäude der Psychiatrie in Toszek, welches von Mai bis Dezember 1945 NKWD-Lager war, und laufen das Treppenhaus hinauf. Zitronengelbe Ölfarbe hängt an den Wänden, darauf selbst gemalte Bilder auf Pappe: Kunstwerke der Patienten.

„Diese Treppenstufen lief mein Vater jeden Tag während seiner Gefangenschaft hinauf", sagt Bernd Haufe, einer meiner Mitreisenden, der neben mir die Treppe hinaufsteigt. Die Treppenstufen aus dunkelgrauem Stein sind original geblieben, wie sich auch der Rest des Gebäudes unerschütterlich gehalten hat. Ein Schiff aus stoischem rotem Backstein, erbaut im 19. Jahrhundert. Diese Steine können nicht reden, dazu brauchen sie Menschen.

Bernd Haufe ist dankbar, dass sein Vater ihm etwas von seinen Erlebnissen erzählen konnte. Auch wenn bei den Überlebenden das meiste hinter den Mauern des Schweigens eingehüllt blieb, denn die NKWD-Lager waren ein Tabu im real existierenden Sozialismus. Die meisten der Insassen waren nicht mehr in der Lage, über ihre Schicksale zu berichten. Sie starben an den Bedingungen im Lager, den Krankheiten, dem Hunger, der Folter, den unmenschlichen Arbeitsbedingungen.

Brücken bauen

Von den ca. 4.500 Insassen, welche die Sowjets hier von Mai bis Dezember 1945 internierten, verstarben etwa 3.000 Menschen. Das entspricht der Einwohnerschaft einer ganzen Kleinstadt. Das oberschlesische Toszek, das bis 1945 deutsch war und Tost hieß, hat heute ca. 3500 Einwohner.

Mittlerweile ist aus dieser Erinnerungsarbeit heraus in Toszek eine Gemeinschaft entstanden.

Einer dieser Gefangenen, der aus Tost nicht wieder zurückkam, ist der Vater Sybille Krägel. Die engagierte Hamburgerin ist die Initiatorin unserer Reise. Ihr Vater fand seine letzte Ruhe in einem der Massengräber in Tost, die sich in der Nähe des jüdischen Friedhofs befinden. Es ist ihre Lebensaufgabe geworden, die Spuren ihres Vaters und der anderen Gefangenen von Tost zu verfolgen, akribisch Daten zu sammeln, Angehörige zu informieren.

Über 4.500 Personendaten zu den Insassen des Lagers hat sie mittlerweile ermittelt. Damit ist Sybille Krägel nicht allein: auch die Bewohner des Städtchens Toszek wollen aufarbeiten, was in dem Lager geschah. Mittlerweile ist aus dieser Erinnerungsarbeit heraus in Toszek eine Gemeinschaft entstanden. Ein Netzwerk aus Deutschen und Polen, welche den Menschen, die hier unter der Erde von Tost verscharrt wurden, würdig gedenken wollen.

Durch das ehemalige Lager führt uns Dorothea Matheja, Vorsitzende des Deutschen Kulturvereins, dem Verein der deutschen Minderheit, die hier in Toszek ca. 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Eine energievolle Frau, die beim Reden viel lächelt und Sybille Krägel bei der Begrüßung herzlich umarmt.

Dorothea läuft im Treppenhaus voran. „Nach dem politischem Umbruch 1989 in Polen gab es hier in Toszek das große Bedürfnis, die Vergangenheit aufzuarbeiten und über das Lager und die Geschehnisse vor Ort zu reden", erzählt sie mir.

Die Recherchen Sybille Krägels nach den Spuren der Gefangenen von Tost hat die Frauen zueinander gebracht. Dorothea Matheja kann Sybille Krägel gut verstehen. Ihr Großvater wurde 1945 von Oberschlesien nach Kasachstan verschleppt und kam nie mehr zurück. Was das für die Angehörigen, vor allem für Kinder bedeutet, ist schwer in Worte zu fassen. Für mich ist es zu hören, in der Stille, wenn Sybille Krägel und

Dorothea Matheja bei unserem Gang durch das ehemalige Lager um Worte ringen. In diesem Moment des Innehaltens, wenn die eigene Stimme von Gefühlen überwältigt wird, ist dieser Bruch zu spüren.

Mit diesen Erinnerungen im Kopf gehen wir gemeinsam durch das menschenleere Krankenhausgelände der Psychiatrie Toszek.

→ nächste Seite oben

→ *von voriger Seite unten*

Der Herbst lässt die Blätter der Bäume im Krankenhauspark gelb leuchten. Wir verlassen das Gelände und machen uns auf den Weg zu einer Andacht, in der wir gemeinsam mit den Tostern der Toten gedenken. Am nächsten Tag besuchen wir den Gedenkstein am Massengrab.

Mit diesen Programmpunkten könnte unsere Gedenkfahrt eigentlich enden. Aber unsere Reise geht weiter: Dorothea Mathejas Verein hat uns eingeladen, gemeinsam das 30-jährige Bestehen des deutschen Kulturvereins in der mittelalterlichen Burg von Toszek zu feiern. Die Burg thront wenige hundert Meter hinter unserem Hotel über dem Ort. Wir wechseln also von Gedenksteinen und Gräbern hin zu Kindern und Jugendlichen, die tanzen.

Wie schaffen wir diesen Übergang vom Traurigen ins Freudige, von der Vergangenheit in die Gegenwart, frage ich mich kurz. Die Antwort ist einfach: Für die Bewohner von Toszek gehört Beides zusammen: Das Erinnern und das Tanzen. Sie selber dürfen erst seit etwa dreißig Jahren wieder ihre schlesische Identität leben. Ein Weg, den sie sich Stück für Stück erarbeitet haben. Es ist ihnen wichtig, die Vergangenheit in ihre Identität zu integrieren und Brücken zu bauen sowohl nach Polen als auch nach Deutschland.

Und so sitzen wir im festlichen Saal der Burg in der ersten Reihe als Ehrengäste und sehen Kinder und Jugendliche tanzen. Wir erleben die Premiere eines Theaterstücks, Menschen werden nach vorn gebeten, Blumen werden überreicht, Reden gehalten, das Publikum applaudiert.

Und schließlich wird auch Sybille Krägel nach vorn gebeten, die mittlerweile Ehrenbürgerin der Stadt Toszek geworden ist. „Wir sind alle Toster“, sagt sie in Anlehnung an das berühmte Zitat John F. Kennedys.

Ich denke kurz über dieses Zitat nach. Passt das? Ich schaue mich um im Saal und fühle mich heimisch. Sie hat Recht: Auch ich bin Tosterin geworden, durch unsere Reise. Wer einmal an der Reise teilnimmt, die Sybille Krägel alle zwei Jahre organisiert, fährt meistens wieder mit. Die Stadt lässt einen nicht mehr los.

Und noch etwas bleibt: Auf dieser Reise kommen wir viel miteinander ins Gespräch. Ein zentrales Thema ist die Frage, nach dem Sinn der Erinnerungsarbeit. Wie erklären wir Kindern und Jugendlichen, warum das wichtig ist? „Wir wollen, dass so etwas wie hier nie wieder passiert“, erklärt mir mein Mitreisender Bernd Haufe und er fügt mit sächsischem Realismus hinzu „auch wenn das natürlich illusorisch ist.“

Ich als Gast dieser Reise interpretiere den Sinn des etwas sperrigen Begriffs der Erinnerungsarbeit so: Solange wir uns mit Menschenrechtsverletzungen nicht abfinden, wir Fragen stellen und aufklären, haben wir einen Schutz davor, dass sich Geschichte wiederholt. Wenn wir daraus noch Brücken bauen über die Grenzen hinweg, dann ist es eine Geschichte, die Mut macht. Ich überlege mir jedenfalls, ob ich nächstes Jahr wieder mitreisen werde.

Magdalena Ermlich
Stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Der Redakteur dankt im Namen der VOS für den Beitrag

Diktatur: der Gesang zur Beruhigung

Planwirtschaft und die ideologische Diktatur der Kommunisten

Sozialisten und Kommunisten eint, neben einem radikalen Atheismus, die tiefsitzende Ablehnung des Marktes, der für sie grundsätzlich nur als „schrecklicher Kapitalismus“ denkbar ist. Aber ihre Kritik betrifft nicht nur die ökonomische Seite der Marktwirtschaft, sondern auch die moralische: „Markt ist schlecht, Staat ist gut“, was wiederrum zur Einführung der Planwirtschaft führte. „Der Staat weiß besser, was der einzelne braucht“. Diese Grundhaltung der Sozialisten führte zu einer ungeheuren Fehlplanung, die überall Mangelwirtschaft und/oder Hungersnöte brachte – aber „alle Menschen sind gleich“ sangen sie zur Beruhigung. Und deshalb durften auch alle gleichviel hungern – außer den Angehörigen der Nomenklatura, den Bonzen.

Die linken Gegner der Marktwirtschaft greifen stets zur gleichen Methode: Sie konstruieren einen Gegensatz zwischen Wirtschaftsordnung und Moral und stellen beide gegeneinander. Logischerweise haben Sozialisten „die Moral“ für sich gepachtet und beklagen das Fehlen jeglicher Moral in der Marktwirtschaft. Der Kapitalismus ist das ausbeuterische System schlechthin. Der Kampf aller Sozialisten – und damit aller guten Menschen – gilt fortan dem Versuch, die (Markt-)Wirtschaft zu regeln und die Amoral dem Markt auszutreiben.

Die Entwicklung der Marktwirtschaft – erst recht der Sozialen Marktwirtschaft – ist aber eine einzige Erfolgsgeschichte. Dass Hungersnöte heutzutage die Ausnahme und nicht die Regel sind, ist nicht das Ergebnis der Umsetzung sozialistischer Pläne, sondern das Ergebnis einer höchst erfolgreichen marktwirtschaftlichen Ordnung – auch wenn es oft genug Verwerfungen uns Skandale gibt, wie z. B. die „ungezügelte“ Gier von Managern und Banken.

Bei alledem zeigt sich, dass der Lebensstandard in den „kapitalistischen“ Ländern besser ist als jemals in den sozialistischen.

André Rohloff

Das hätte es doch in der DDR niemals gegeben

Ein bundesweiter Literaturwettbewerb im Knast mit offizieller Preisverleihung

Neue Erfahrungen machte in diesem Herbst der Redakteur der Freiheitsglocke, als er in eine Jury berufen wurde, die die Beiträge von Häftlingen für einen Literaturwettbewerb aus dem gesamten Bundesgebiet beurteilen bzw. bewerten sollte. Eingereicht wurden 301 Texte von weiblichen und männlichen Häftlingen, von denen 40 in die engere Auswahl gezogen wurden. Als Vorgabe galten die Themen Leben, Freiheit und Hoffnung. Im Ergebnis wurden mehrere bemerkenswerte Arbeiten eingereicht, die auf das Empfinden der Inhaftierten, aber auch auf die Bedingungen, denen diese heutzutage ausgesetzt sind, schließen lassen. Das Fazit lautet: Eingesperrtsein in eine Zelle und ein festes Gemäuer ist heute wie damals schlimm, egal dass die Betreuung der Häftlinge und die Ausstattung der Zellen verglichen mit den Verhältnissen der DDR ausgesprochen komfortabel sind. Auffällig ist zudem, dass zumeist nur eine bestenfalls kurze Selbstreflexion bezüglich des begangenen Delikts fehlte.

Den ersten Preis, der vom Förderverein der Gefängnisbüchereien gestiftet wurde, gewann ein Häftling aus der Justizvollzugsanstalt Brandenburg, was insofern aufhorchen ließ, da Richter-Kariger einen Teil seiner sechsjährigen Haftstrafe eben dort verbüßte, ehe er durch Freikauf in die Bundesrepublik gelangte. Vorgesehen war im Staut des Wettbewerbs, dass die Preisverleihung in der Haftanstalt des Gewinners – also in Brandenburg – stattfinden sollte. Dies wurde mit dem Corona-Argument – wogegen bekanntlich niemand ankommt – abgelehnt. Ersatzweise wurde auf die Anstalt in Bochum, ein Neubau mit modernstem Standard, ausgewichen. Trotz Einhaltung aller Vorschriften keinerlei Probleme. Im Gegensatz zu anderen Anstalten (z. B. Untermaßfeld) brachte es die JVA Brandenburg nicht einmal fertig, einen Vertreter zur Entgegennahme des Preises zu entsenden.

Richter-Kariger, als ehemalige politischer Häftling des Zuchthauses Brandenburg wurde gebeten – was naheliegend war – den Siegertext vorzutragen und Einiges über die Zustände über die StVE zu DDR- Zeiten und das politische System der DDR zu berichten. Er tat dies ausführlich und stellte dabei auch seine Bücher „Zuchthaus Brandenburg“(540 Seiten) und „Häftling 46“ (500 Seiten) vor und wies auf die mangelnde öffentliche Aufarbeitung zur Brandenburger Haftanstalt in den DDR-Zeiten hin. Er sagte: „In der DDR durfte man im Knast nicht schreiben. Man bekam weder Bleistift noch Papier. Und hatte man das doch ergattert, verschwanden die Sachen schnell aus dem Spindfach.“

Bei Wikipedia steht über die StVE Brandenburg ein lächerlicher Satz, der noch dazu falsch ist. Es ist nicht nur sträflich, wie mit der Erinnerung an die Leiden vieles Opfer umgegangen wird, sondern auch in hohem Grade blamabel. Sicherlich werden sich das Land Brandenburg und die Anstaltsleitung der JVA demnächst mit Anfragen konfrontiert sehen, die eine bessere Aufarbeitung anmahnen. *Paul Reuter*

Dynamisierung der Opferrente

SED-Opfer im Koalitionsvertrag berücksichtigt

Bereits nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurde der Koalitionsvertrag zwischen den drei Regierungsparteien unterzeichnet und für die Öffentlichkeit zur Information freigegeben. Nicht unbedingt erwartet, dennoch mit einem Aufmerken seitens der SED-Opfer registriert, wurde deren Anliegen zumindest vom Grundsatz her berücksichtigt. Soll heißen: Die Dynamisierung der Opferrente ist darin (für 2022!) festgehalten. Ferner sollen die Anerkennung der Reha-Bedürfnisse und der Ausbau des bundesweiten Härtefonds berücksichtigt werden.

Das „Leider“, das die SED-Opfer hierzu äußern bezieht sich vor allem auf die fehlende Kommunikation und mündet in die Frage: Hätte man (als SPD) in Beantwortung der WPS nicht einen Hinweis geben können? Ungeachtet dessen hofft die VOS nun auf Gespräche, an denen die Opferbeauftragte beteiligt ist und wir zu konkreten Ergebnissen kommen. *ARK*

Der Wortlaut der entsprechenden Passagen des Koalitionsvertrages lautet:
Wir unterstützen die Ausweisung des europäischen Grünen Bandes und berücksichtigen dabei auch die Erinnerungskultur und begangenes SED-Unrecht. Wir legen einen Aktionsplan Schutzgebiete auf, mit dem Ziel, ihr Management zu verbessern.

SED-Opfer: Im Einvernehmen mit den Ländern erleichtern wir die Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur, insbesondere für gesundheitliche Folgeschäden, passen die Definition der Opfergruppen an die Forschung an und dynamisieren die SED-Opferrente. Wir richten ergänzend einen bundesweiten Härtefallfonds für die Opfer ein und entwickeln hierfür die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge weiter.

Erinnerungskultur: Wir begreifen Erinnerungskultur als Einsatz für die Demokratie und Weg in eine gemeinsame Zukunft. Wir schützen unsere Gedenkstätten. Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes werden wir unter Einbezug des Deutschen Bundestages, der SED-Opferbeauftragten und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas sowie im Zusammenwirken mit den in diesen Bereichen Aktiven aktualisieren und die Gedenkstättenarbeit auskömmlich finanzieren. Lokale Initiativen wollen wir fördern und Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen digital zugänglich machen. Wir treiben die Geschichtsvermittlung der und in die Einwanderungsgesellschaft voran. Das Förderprogramm "Jugend erinnert" wird verstetigt und modernisiert. Wir fördern Forschung in Gedenkstätten.

Immer fleißig, immer freundlich

Glückwünsch an Thea Harder zum 80.

Es ist fast nicht zu glauben: Thea Harder aus Magdeburg ist 80 Jahre geworden. Über Umwege stieß sie vor Jahrzehnten zur VOS und wurde hier unentbehrlich. Ganz herzlich gratuliert der Verband und dankt für ihren immensen Fleiß und das freundliche Wesen.

Bleib gesund, wir brauchen dich auch weiterhin.

Vorstand und Redakteur

Von Demokratie weit entfernt

Partei Die Linke: altes Gesicht, neue Maske

✉ Immer wieder ist zu lesen, dass DIE LINKE eine demokratische Partei sei. Das mag nach außen hin so scheinen, im Kern, im Herzen ist das keineswegs so. Sie wird wie jede andere Partei zwar demokratisch gewählt und lässt in den eigenen Reihen eine gewisse Parteiendemokratie zu. Doch sie ist – lediglich mit geändertem Namen – immer noch die alte SED, deren Vermögen und Gesinnung sie ebenso behalten hat wie ihre verbrecherische Vergangenheit. Die Geisteshaltung der LINKEN Ideologie ist das Entscheidende. Karl Marx ist das Übel. Er hat (gemeinsam mit dem Kapitalistensohn Friedrich Engels) vieles richtig geschrieben, aber von beiden stammt auch das Manifest der kommunistischen Partei, auf dessen wissenschaftlicher Basis die Kommunisten zusammen mit LENIN niemals eine Demokratie, sondern immer eine Diktatur (des Proletariats) eingerichtet haben.

Rote Diktaturen sind im Ergebnis nichts anderes als roter Faschismus, denn Andersdenkende werden auch hier (mund)tot gemacht oder beseitigt. Solange führende LINKE nach wie vor laut vernehmbar von neuen, keineswegs gewaltfreien Wegen zum Kommunismus träumen, ist klar dokumentiert, dass sie nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, also keine wahren Demokraten sind und eigentlich verboten werden.

Schon Ulbricht sagte: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir (Kommunisten) haben das Sagen."

Nun gibt es nach der Wahl von Manuela Schwesig zur Ministerpräsidentin von Mecklenburg- Vorpommern mit Unterstützung der LINKEN sicherlich die Möglichkeit, die Mitglieder der Regierungsfraktionen auf eine Mitarbeit beim einstigen Ministerium für Staatssicherheit zu überprüfen. Wenn vor allem die DIE LINKE eine demokratische Partei sein will, dann sollte sie da schleunigst mitziehen, und der Koalitionspartner SPD hat eigentlich keinen Grund, dies zu verwehren bzw. nicht von selbst zu tun und bei Bedarf zu reagieren. Die Regeln der Demokratie gelten für jede Partei. Und jede Partei sollte die Konsequenzen ziehen, wenn sich in ihren Reihen schwarze Schafe befinden. *Christoph Becke*

Rainer Buchwald von OP zurück

Genesungswünsche der VOS: Fg lesen hilft

Nach einer weiteren schweren Operation hat sich das ehemalige Vorstandsmitglied der VOS wieder aufgerappelt und erfreut sich an der gerade erschienenen Ausgabe der Freiheitsglocke.

Vorn auf dem Foto gut zu sehen: Das Tattoo mit der Spinne, das „Buchi" im Jugendknast stechen ließ. Die VOS wünscht weitere Fortschritte bei der Genesung. *Bundesvorstand, Redakteur*

Der Sinnspruch zum Geleit: Was wissen wir davon, was Menschen aushalten mussten, die in den Gefängnissen der DDR-Diktatur, aufgrund politischer Verfolgung inhaftiert waren? Überall auf der Welt passieren jeden Tag schlimme Dinge und wir handeln meistens erst dann, wenn der Akku bereits leer ist.

Ändert man die Perspektive im Leben, sieht man alles anders und man kann vielleicht auch besser handeln. *André Rohloff*

Wir trauern um

Herbert Lange	**Bezirksgruppe Reutlingen**
Rainer Hoell	**Bezirksgruppe Bernburg**
Karl Büchner	**Bezirksgruppe Arnstadt/Gotha**
Edward Ostrycharz	**Bezirksgruppe Königs-Wusterhaus.**
Werner Oemler	**Bezirksgruppe Eisleben**
Angelika Krahn	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Aus der VOS / Für die VOS

Aktuelles aus dem Verband

Prüfbericht der Kassenprüfer Oktober 2021

Kamerad Detlef von Dechend nahm zeitnah zur Generalversammlung die Prüfung der VOS-Kasse, wozu die Belege und Ausgabennachweise gehören wahr. Aufgrund einer Erkrankung konnte der zweite Prüfer Peter Hippe diesmal nicht zum Einsatz kommen.

Grundsätzlich wurden keine Verstöße festgestellt. Auch unter den Einschränkungen von COVID 19 ist dem Bundesgeschäftsführer und dem Schatzmeister ein den Vorschriften geführtes Kassenwesen zu bescheinigen.

Aufholbedarf besteht allerdings bei der Erfassung und beim Ausweis säumiger Beiträge. Dies wurde im Prüfbericht vermerkt. Eingeschätzt wird dabei, dass der deutlich größere Teil der Mitglieder seine Beiträge entrichtete. Die Gründe bei Verweigerern sind nicht eindeutig erkennbar. Der Prüfer vermutet Unwillen. Sollte es Mitglieder geben, die unter finanziellen Schwierigkeiten zu leiden haben, wäre dies zumindest eine Mittelung an die Bundesgeschäftsstelle wert. Es sind immer Kamerad*innen dabei, die über den Beitrag hinaus Geld spenden. Diesen sei natürlich ganz herzlich gedankt.

Für die gute Kassenführung und die Einhaltung des Vereinsrechts spricht die weitere Zusicherung des Status' der Gemeinnützigkeit des Verbandes.

Damit ist klar, dass die VOS mit dem nunmehr neu gewählten Bundesvorstand weiter politische und gesellschaftliche Akzente setzen und sich für seine Mitglieder einsetzen kann.

Soll heißen: Auf zu weiteren mutigen Jahren!

Tom Haltern

Besondere Wünsche für ein paar schöne und sinnvolle Stunden, wie schwer es auch oft ist, gehen an alle, die kurz vor dem Weihnachtsfest oder seit Längerem erkrankt sind. Die VOS vergisst niemanden.
Grüße mit dem Wunsch für eine baldige Rückkehr aus dem Krankenhaus gehen in diesen Tagen an Jörg Bernhard Bilke in Coburg.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Leserinnen und Leser, Ihnen und euch allen ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest ohne hohle politische Debatten und ohne Streit um undurchsichtige Anti-COVID-Maßnahmen. Euch und Ihnen allen zugleich einen guten Start in das neue Jahr mit Frieden, Gesundheit und Hoffnung.
Wir alle wünschen uns Beständigkeit, Ordnung und Zumutbarkeit in den Lebensverhältnissen sowie Ehrlichkeit in den Äußerungen und Handlungen der gewählten Abgeordneten in allen Parlamenten und in allen Parteien. Wir wünschen uns ein Land, das stabil ist und Politikerinnen und Politiker, denen wir vertrauen können.

Euer Bundesvorstand, der Redakteur

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Uhlandstraße 120, 10 170 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke", herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redakton@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke" vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 831/ 832 erscheint Jan./Febr. 2022
Redaktionsschluss der FG 829/830 am 20. Nov. 2021